



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

99. Sitzung (öffentlich)

3. Dezember 2025

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:05 Uhr bis 12:09 Uhr

Vorsitz: Josef Neumann (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkt:

Veteranentag: Nordrhein-Westfalen würdigt das Engagement der Bundeswehr und setzt sich für die seelische Gesundheit von Veteranen ein 3

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/14023

– Anhörung von Sachverständigen (*siehe Anlage*)

* * *

Veteranentag: Nordrhein-Westfalen würdigt das Engagement der Bundeswehr und setzt sich für die seelische Gesundheit von Veteranen ein

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/14023

– Anhörung von Sachverständigen (*siehe Anlage*)

Vorsitzender Josef Neumann: Ich begrüße alle Mitglieder des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales recht herzlich zur heutigen Anhörung, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, die Sitzungsdokumentation, alle Zuschauerinnen und Zuschauer und ganz besonders die Sachverständigen. Ich mache darauf aufmerksam, dass die Anhörung live gestreamt und aufgezeichnet wird; mit Ihrer Teilnahme erklären Sie sich damit einverstanden. Ich bedanke mich im Namen des Ausschusses, dass Sie heute für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung stehen sowie für die vorab eingereichten Stellungnahmen.

Ich weise darauf hin, dass während der Anhörung Bild, Film und Tonaufnahmen nicht zugelassen sind. Die Anhörung soll in zwei Blöcke eingeteilt werden, nämlich zunächst Allgemeinfragen zum Veteranentag für ca. 1,5 Stunden sowie anschließend Fragen zur seelischen Gesundheit. Ein mündliches Statement der Sachverständigen zu Beginn der Anhörung ist nicht vorgesehen. Die Abgeordneten werden ihre Fragen direkt an Sie richten. Ich schlage vor, wir sammeln die Fragen der Fraktionen zunächst in einer ersten Runde. Ich beginne mit der Fragerunde zum Antragsschwerpunkt „allgemeine Fragen zum Veteranentag“.

Susanne Schneider (FDP): Im Namen der FDP-Landtagsfraktion möchte ich mich ganz herzlich für Ihre Stellungnahmen bedanken, die Sie uns schon haben zukommen lassen, und auch dafür, dass Sie heute Morgen hier sind, um uns zu diesem Thema ein bisschen schlauer zu machen. Meine erste Frage geht an General Müller, an Dr. Brosig, an Dr. Weber und an Dr. Bartscher. Inwiefern würde denn eine zentrale und vom Land organisierte Veranstaltung zum Veteranentag die gesellschaftliche Anerkennung des Dienstes in den Streitkräften stärken und den Dialog zwischen Streitkräften, Politik und Gesellschaft fördern? Wie könnte eine solche zentrale Landesveranstaltung durch weitere Maßnahmen besonders auf kommunaler Ebene begleitet werden? Wie könnte in diesem Zusammenhang das Gedenken an Einsatzveteranen und Gefallene gefördert werden?

Meine zweite Frage geht an Herrn Dr. Brosig und an Herrn Dr. Weber. Wie könnten die Erfahrungen zu Kompetenzen von Veteraninnen und Veteranen, die sie in ihrem Dienst erworben haben, für unsere Gesellschaft gewinnbringend eingesetzt werden? Wie könnte in diesem Zusammenhang die berufliche Integration vom Land besser gefördert werden? Wie könnte die Einbindung von Veteraninnen und Veteranen in schulische und außerschulische Bildung verbessert werden?

Eine letzte kurze Frage an Herrn Brill, an Herrn Ammermann von Invictus und auch an Herrn Dr. Weber: Wie könnten die zivilgesellschaftlichen Strukturen wie Invictus Germany vom Land besser unterstützt werden?

Thorsten Klute (SPD): Herzlichen Dank auch von der SPD-Fraktion für Ihren Einsatz hier und die Bereitschaft, bei der Anhörung dabei zu sein. Herzlichen Dank ausdrücklich auch an die Kollegin Schneider für den Antrag. Da wir in der ersten Runde zunächst nur alles rund um den Veteranentag betrachten, schiebe ich das Gesundheitliche an die Seite und frage diejenigen, die sich berufen fühlen, dazu etwas sagen zu können – in erster Linie alle, die für die Bundeswehr und das Umfeld der bundeswehernen Organisationen anwesend sind. Welche Kenntnisse gibt es über Aktivitäten rund um Veteranentag und alles darum herum aus anderen Bundesländern? Wissen wir etwas darüber, ob in einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten in den vergangenen zwei Jahren in Nordrhein-Westfalen etwas gelaufen ist?

Vorsitzender Josef Neumann: Die Frage richtete sich an alle?

Thorsten Klute (SPD): An all diejenigen, die im Umfeld der Bundeswehr tätig sind, also entweder die Bundeswehr selbst oder den Reservistenverband, Liberale Soldaten, Veteranen – halt alles im Umfeld der Bundeswehr. Die Ärztekammer wird dazu weniger sagen können.

Dennis Sonne (GRÜNE): Herzlichen Dank an die Sachverständigen für die eingereichten schriftlichen Stellungnahmen und auch für Ihr heutiges Erscheinen. Meine Frage geht in Richtung der gesellschaftlichen Anerkennung. Ich kann mich noch sehr gut an die Invictus Games im letzten Jahr erinnern, die natürlich auch etwas für die gesellschaftliche Anerkennung getan haben, und zwar nicht nur für die Menschen, um die es direkt geht, sondern dass alle Menschen ins Boot genommen werden und die Veteraninnen und Veteranen im Sportereignis gewürdigt wurden. Meine Frage geht an alle Sachverständigen: Welche Maßnahmen würden Sie sich wünschen, um die gesellschaftliche Anerkennung von Veteraninnen und Veteranen unabhängig vom aktuellen Dienststatus weiter zu stärken und zu verbessern? In einigen Stellungnahmen wird der Wunsch nach einer öffentlichen Durchführung des Veteranentags deutlich. Können Sie dies bitte näher ausführen?

Marco Schmitz (CDU): Vonseiten der CDU-Fraktion ein herzliches Dankeschön für Ihr Erscheinen und die eingereichten Stellungnahmen. Auch wir möchten uns bei der FDP und Susi Schneider für den wirklich wichtigen Antrag bedanken. Nicht zuletzt mit dem großen öffentlichen Gelöbnis im September vor dem Landtag hat der Landtag schon einmal signalisiert, dass wir die Bundeswehr in den Mittelpunkt der Gesellschaft zurückholen wollen. Das war auch schon lange vor der Zeitenwende beschlossen, aber nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine ist das noch wichtiger geworden.

Zum Veteranentag selbst habe ich noch ein paar Fragen, ähnlich wie Kollege Klute erst einmal an die Vertreter der Bundeswehr, den Verband der Reservisten, das

Landeskommando, Liberale Soldaten, Einsatzveteranen und Invictus Germany. Welche messbaren Kriterien schlagen Sie vor, um erfolgreiche Veteranenpolitik ein Stück weit bewerten zu können? Wann sprechen wir denn von erfolgreicher Veteranenpolitik? Was ist aus Ihrer Sicht eine Zielmarke? Müssen wir so und so viele Veranstaltungen durchführen? Müssen so und so viele Menschen erreicht werden? Wie soll das umgesetzt werden?

Sowohl der Bund als auch die Länder als auch die Kommunen machen etwas. Wie verhindern wir Doppelstrukturen? Wo soll die Verantwortung liegen? Liegt sie bei den Reservistenverbänden? Liegt sie beim Hauptamt der Bundeswehr? Liegt sie bei den Kommunen? Welche Empfehlungen wären aus Ihrer Sicht sofort ohne zusätzliche Gesetzesänderungen oder umfangreiche neue Mittel umsetzbar? Wie können wir die Veteranenpolitik und den Veteranentag noch attraktiver machen, ohne dass wir dafür groß Gesetze ändern müssen?

Dr. Martin Vincentz (AfD): Auch ich darf mich natürlich zunächst für die eingegangenen Stellungnahmen, aber vor allen Dingen für die Möglichkeit zur Rückfrage bedanken. Rund um die gesellschaftliche Anerkennung sind schon einige Fragen gestellt worden, die ich auch auf meinem Zettel hatte. Eine ist übrig geblieben, und zwar an die Herren Doctores Brosig und Bartscher zum Veteranenausweis bzw. zum Veteranenpass. Wer könnten sinnvolle Partner aus Wirtschaft bzw. öffentlichem Leben sein, damit das auch einen Nutzen für Veteranen hat und nicht schlicht eine weitere Ausweiskarte wie viele andere auch ist?

Vorsitzender Josef Neumann: Auch wenn es hier um das Themenfeld Bundeswehr geht, habe ich die Frage des Kollegen Sonne durchaus so verstanden, dass das als gesellschaftliches Thema alle betrifft; das heißt, ich würde alle beteiligen. Herr Eggen, wir fangen mit Ihnen an. Ich hoffe, Sie haben die Fragen der Abgeordneten mitbekommen. Vielleicht können Sie das eine oder andere dazu sagen.

Frank Eggen (Angriff auf die Seele – Psychosoziale Hilfe für Angehörige der Bundeswehr [per Video zugeschaltet]): Vielen Dank, dass Sie mich eingeladen haben. Ich bin sehr gerne dabei, weil ich den Veteranentag natürlich auch mit meiner Organisation sehr unterstütze. Wir waren letztes Jahr das erste Mal auf der zentralen Veranstaltung am Reichstag mit einem Stand dabei. Wir freuen uns immer sehr, wenn wir für dieses Thema sensibilisieren können. Als Verein sind wir natürlich schwerpunktmäßig für die psychosoziale Unterstützung von Angehörigen der Bundeswehr da, haben im letzten Jahr 13 Projekte mit Veteranen durchgeführt und dabei ein Volumen von etwa 260.000 Euro eingesetzt. Wir sind ein ganz kleiner Verein mit nur 25 Mitgliedern, aber eng mit dem Psychotraumazentrum am Bundeswehrkrankenhaus Berlin vernetzt, das auf dem Gebiet forscht. Ich selbst bin aktiver Soldat und im Bundeswehrkrankenhaus für IT zuständig.

Ich habe mir natürlich Gedanken gemacht, was man in Nordrhein-Westfalen konkret tun könnte, um den Veteranentag etwas sichtbarer zu machen. Das Bundesland hat letztes Jahr schon etwa 60 Veranstaltungen durchgeführt. Man könnte das Ganze

natürlich etwas sichtbarer machen, wenn es ein offizielles Landesprogramm geben würde, zum Beispiel einen Veteranentag NRW, und man Kommunen, Verbände, Kirchen, Schulen sowie Vereine auffordert, etwas für Veteranen zu machen. Der Grundsatz des Veteranentags ist, dass die Wertschätzung unserer Veteranen aus der Bevölkerung kommt. Das heißt also nicht, dass die Bundeswehr etwas Ähnliches wie vielleicht beim Tag der Bundeswehr anbietet, sondern dass Kommunen, Länder und Verbände in den verschiedenen Bereichen an die Veteranen denken, die sich praktisch für unser Land eingesetzt und zum großen Teil an ihrer Gesundheit oder an ihrer Psyche Schaden genommen haben. Es könnte vielleicht eine zentrale Werbepattform geben, die die 20.000 Soldaten einbindet, die in NRW dienen. NRW ist eines der größten Flächenländer und eines der Länder mit den meisten Bundeswehrstandorten.

Vielleicht wären auch spezielle Fördertöpfe oder Kleinstförderungen möglich, um Kommunen, Vereinen und Kircheninitiativen kleine Veranstaltungen zu ermöglichen. Es muss nicht immer das Riesenfest sein wie am Reichstag mit 60 Organisationen, sondern es kann auch im Kleinen passieren. Jeder Bürgermeister kann seine Veteranen zum Gespräch, zum Grillabend, zum Fest, zu Ausstellungen, zum Gedenken und zu Sportevents einladen. Bei Sportevents hat sich gerade letztes Jahr mit den Invictus Games gezeigt, was möglich ist. Sport verbindet halt sehr viel. Ich finde es einen ganz tollen Ansatz, wenn man das weiterverfolgt.

Was könnte man noch machen? In Berlin gibt es eine Ehrenamtskarte. Man könnte Veteranen, deren Familien und Angehörigen ähnliche Vergünstigungen anbieten. Das wird auch in anderen Ländern gemacht, um die Wertschätzung zu verdeutlichen. In einem Bundesland könnte man zum Beispiel eine zentrale Veranstaltung kreieren, die rotiert, zum Beispiel in Bonn als ehemaligem Regierungssitz, in Köln, Münster, Düsseldorf etc., wo man ähnlich wie der Bundesmacht eine zentrale Veranstaltung abhält.

Martin Ammermann (Invictus Germany): Ich bin im Vorstand vom Team Respect e. V. Invictus Germany und arbeite für D.LIVE als Executive Director Sports. In der Funktion haben wir im Jahr 2023 die Invictus Games in Düsseldorf durchgeführt. Wir hatten ein gemeinsames Projektteam mit der Bundeswehr. Wir haben mit D.LIVE praktisch den Eventpart der Veranstaltung übernommen und schon im Zulauf zu der Veranstaltung Pläne gemacht, wie wir das Ganze nachhaltig fortsetzen wollen, ganz stark auf Initiative des Oberbürgermeisters von Düsseldorf, Dr. Stephan Keller, der das vorangetrieben hat. Mit Unterstützung der Invictus Games Foundation und dem Bundesministerium der Verteidigung in Berlin haben wir Invictus Germany mit dem Ziel ins Leben gerufen, die Themen der Invictus Games weiterzuverfolgen, das heißt also, die Lücke zwischen Militär und Gesellschaft weiter zu schließen, die Leistung und auch das Schicksal von verletzten Veteraninnen und Veteranen in den Mittelpunkt der Gesellschaft zu rücken und damit diesen Menschen die Würdigung zukommen lassen, die sie sicherlich verdienen.

Als wesentliche Pfeiler unserer Bewegung haben wir zum einen das Invictus Germany Sport Festival ins Leben gerufen, sozusagen eine kleine Variante der Invictus Games 2023. Wir waren über den großen Zuspruch, den wir damit auch international erfahren haben, absolut überrascht. Wir hatten insgesamt acht Nationen beim Sportfestival

2024 in Düsseldorf, 260 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Wir sind auch schon in den Planung für die Veranstaltung 2026. Wir haben unsere Aktivitäten vor allen Dingen rund um den Veteranentag am 15. Juni ausgerichtet; das wird im kommenden Jahr an dem Wochenende davor stattfinden. Wir haben jetzt schon ein riesengroßes Interesse an der Veranstaltung, zum einen natürlich vom deutschen Team, mit dem wir in Kontakt sind, zum anderen aber auch international. Australien will mit 20 Sportlerinnen und Sportlern, Veteraninnen und Veteranen kommen, Südkorea hat Interesse, Frankreich bereits seine Zusage gegeben. Das ist eben auch eine tolle Plattform für internationale Verständigung. Bei uns ist auch die Einbindung von Blaulichtorganisationen wichtig; das war 2023 auch so. Das haben wir in dem Rahmen fortgeführt, dass es einen kleinen Teil ausmacht. Das soll auch so bleiben, aber es ist wichtig, auch diesen Menschen die entsprechende Würdigung zukommen zu lassen.

Wie kann man uns unterstützen? Wie kann man mehr einbringen? Was wäre wünschenswert? Wir sind natürlich in der Nachfolge der Invictus Games 2023 eine nationale Initiative. Wir haben uns während des Veteranentages in Berlin präsentiert und würden uns sicherlich über eine engere Einbindung des Landes bei unseren Aktivitäten freuen. Es bietet sich absolut an, das auszubauen. Wir wären natürlich auch in der Lage, unsere Aktivitäten an anderen Standorten in NRW auszurollen. Wir haben einfach ein entsprechendes Netzwerk und auch den Background aufgebaut. Wir könnten die bestehenden Aktivitäten ausweiten. Wir haben dieses Sportfestival, das im Zwei-Jahres-Rhythmus durchgeführt wird, und die Invictus Germany Awards, die wir in diesem Jahr zum ersten Mal durchgeführt haben.

Uns geht es dabei darum, auch da die Leute auszuzeichnen und in den Mittelpunkt zu rücken, die eben sonst sehr schnell von der Gesellschaft vergessen werden und nicht die Würdigung erfahren, die sie eigentlich verdienen. Wahrscheinlich wissen alle hier im Raum, dass das gerade in diesen Zeiten besonders wichtig ist; deswegen haben wir das gemacht. Das Sportfestival findet immer in den Jahren statt, in denen die großen internationalen Invictus Games nicht stattfinden, und die Awards immer in den Jahren, in denen die Invictus Games stattfinden, um die Strukturen nicht zu überlasten, weil Teams gesendet werden müssen usw. So blicken wir jetzt voller Zuversicht auf 2026 und das nächste Sportfestival.

Michael Brill (Invictus Germany): Es kam auch die Frage zur Messbarkeit des Erfolgs solcher Aktivitäten, die ich für sehr wichtig halte. Wir haben durch die lange Vorbereitungszeit und die sehr große positive öffentliche Resonanz durch die Invictus Games 2023 in Deutschland zum ersten Mal einen enormen Schritt leisten können, in erster Linie natürlich das BMVG und die Bundeswehr. Wir erkennen eben, dass die Invictus Games mittlerweile eine erkennbare Plattform sind, auf der wir einerseits die Teilnehmer gewinnen können, also die, die aktiv mitmachen wollen, wodurch eine Würdigung Betroffener erfolgt, aber zum anderen eben relativ unkompliziert auch eine große Öffentlichkeit. Wir haben beim ersten Sportsfestival allein in den Tagesthemen einen Beitrag von knapp vier Minuten gehabt. Das ist eine enorme Reichweite nur durch ein Medium; es war natürlich deutlich weitreichender. Das heißt, wir haben eine Plattform, die offensichtlich sehr einfach bei der Öffentlichkeit andockt. Das ist für die Messbarkeit wichtig. Da ist schon viel Vorarbeit geleistet worden.

Martin Ammermann (Invictus Germany): Finanziell werden wir durch die Stadt unterstützt. Wir sind guter Dinge, dass wir im nächsten Jahr auch eine finanzielle Unterstützung aus Berlin bekommen. Man muss allerdings sagen, dass die Finanzierung dieser Veranstaltung für uns ein zentrales Thema ist. Wir gewinnen auch private Sponsoren für die Veranstaltung und setzen dabei unser Wissen ein, das wir aus unseren Aktivitäten bei D.LIVE haben. Das ist schon viel Arbeit, die wir investieren, um Mittel zu generieren, um die Veranstaltung entsprechend würdig umzusetzen.

Vorsitzender Josef Neumann: Ich kann Ihnen sagen, die Wirkung der Nachhaltigkeit haben Sie zumindest bei mir erzeugt. Ich war mehrfach bei den Games; das war schon sehr beeindruckend.

(Allgemeiner Beifall)

Dr. Michael Bartscher (Bund Deutscher EinsatzVeteranen): Ich war 45 Jahre Soldat, davon rund zwei Jahre in Afghanistan, habe einen Innentäterangriff überlebt und bin aufgrund meiner Einsatzschädigung wegen Dienstunfähigkeit aus der Bundeswehr entlassen worden. Ich hatte die Chance, mich über die Sporttherapie der Bundeswehr und somit auch der Teilnahme an den Invictus Games in Sydney und Den Haag wieder zu rehabilitieren. Aufgrund meiner Erfahrung habe ich mich im Bund Deutscher EinsatzVeteranen engagiert. Wir kümmern uns um die Menschen, die Probleme haben, wieder ins Leben zurück und Anschluss an die Gesellschaft zu finden, aber nicht nur um sie, sondern insbesondere auch um ihre Angehörigen. Das ist ein Punkt, um den ich dieses Thema gerne erweitern möchte, nicht nur auf die betroffenen Veteranen zu schauen, sondern im Wesentlichen auch auf deren Familien und Angehörigen. Kinder werden besonders belastet, wenn Väter einsatzgeschädigt sind.

Im Verband sind wir im Wesentlichen ehrenamtlich tätig. Wir haben 80 Paten, die Einsatzgeschädigte betreuen. Wir haben eine Klientel von rund 750 Einsatzgeschädigten, die wir in der gesamten Republik betreuen, und werden seit letztem Jahr auch durch den Bundeshaushalt finanziell unterstützt, sodass wir ein Projekt des psychosozialen Netzwerkes der Familien- und Veteranenhilfe haben. Die zentrale Veranstaltung ist im vergangenen Jahr mit sehr viel finanziellem Einsatz durch das BMVG initiiert worden. Das war sicherlich ein Erfolg, wir selbst waren als Verband auch beteiligt, aber wir haben natürlich durch die Art und Weise der Durchführung feststellen müssen: Es war nur eine spezifische Zielgruppe in diesem Bereich. Wir haben mit diesem methodischen Ansatz nicht die Gesellschaft als Ganzes erreichen können. Das wäre wiederum meine Empfehlung: Wenn man für NRW einen Veteranentag gestalten möchte, muss der in der Fläche sein, also nicht nur eine zentrale Veranstaltung im Landtag, sondern sie muss in der Öffentlichkeit, in den Gemeinden und den Städten dieses Landes stattfinden.

Im vergangenen Jahr hatten wir durch die Verbindung mit der Abgeordneten Nanni und die Grünenfraktion die Chance, beim Tag des Ehrenamtes zugegen zu sein. Das war eine Woche vorher und gab uns eine gute Chance, uns zu präsentieren. Wir waren mit vielen Menschen im Gespräch, die sich eigentlich gar nicht so sehr um Einsatzveteranen und den Veteranentag kümmerten, konnten aber unsere zentrale Botschaft

kommunizieren. Das ist auch für dieses Jahr – oder wenn das Land NRW eine zentrale Veranstaltung durchführt – ein guter Ansatz.

Ich habe angesprochen, dass die Integration in die Fläche sehr wichtig ist, weil viele Bürgermeister und Gemeindevertreter gar nicht wissen, wer denn aus ihrer Gemeinde in einem Einsatz gewesen oder wer betroffen ist, wenn aktuelle Einsätze laufen. Die Bundeswehr fokussiert sich zurzeit sehr stark auf die Landes- und Bundesverteidigung, aber es laufen parallel Einsätze. Die Menschen, die in den Einsätzen sind, und die Betroffenheit der Familien wird einfach zu sehr vergessen. Ich plädiere dafür, dass man diese Information zu den verantwortlichen Entscheidungsträgern bringt. Das führt mich zu einem nächsten Vorschlag, dass man innerhalb einer Gemeindevertretung, innerhalb einer Organisation eine Ansprechperson bekommt. Die Niederländer praktizieren das, die Dänen praktizieren das. Das ist eine ideale Voraussetzung, um an die betroffenen Menschen heranzutreten.

Man kann sicherlich auch ein feierliches Gelöbnis als zentrale Veranstaltung, die die Gesellschaft anspricht, und Diskussionsrunden durchführen. Ich bin nach der Bundeswehr sehr stark im wissenschaftlichen Bereich tätig und als Lehrbeauftragter an der Uni Bonn aktiv. Ich stelle immer wieder fest, dass viele Studenten über Sicherheitspolitik und die Folgen von Einsätzen wenig Kenntnis haben. Somit sehe ich ein Informationsdefizit. Meine Empfehlung wäre, im Dialog mit Veteranen Gespräche in Schulen durchzuführen, um auch in den Schulen die Themen „Bundeswehr“, „Sicherheitspolitik“, „Bedrohungslage“ und auch Konsequenzen aufzuzeigen, wenn Abgeordnete ein Mandat unterschreiben respektive im Deutschen Bundestag dafür stimmen. Dann können wir auch viel mehr Sensibilität, mehr Bewusstsein für das Veteranenthema erzeugen.

Heike Henjes (ZALK – Zentrale Ansprech-, Leit- und Koordinierungsstelle der Bundeswehr für Menschen, die unter Einsatzfolgen leiden): Ich leite die zentrale Ansprech-, Leit- und Koordinierungsstelle für Menschen, die unter Einsatzfolgen leiden. Wir sind ein Referat im Bundesamt für Personalmanagement und für die medizinisch-berufliche Rehabilitation von einsatzgeschädigten Bundeswehrangehörigen verantwortlich, weil wir nicht nur die Statusgruppe „Soldat“ haben, die versehrt zurückkehrt, sondern alle Statusgruppen, also auch die Beamtinnen und Beamten und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir sind also zuständig, wenn festgestellt ist: Was derjenige gerade erleidet, steht in einem Zusammenhang mit dem Einsatz, in dem sich die betroffene Person befunden hat.

Dann fangen wir an, für die Person zu arbeiten. Sie müssen sich das ungefähr wie Mutterschutz vorstellen: Wir stülpen eine Glasglocke über diese Person, die nicht mehr angefasst werden darf. Alles, was um sie herum passiert, muss mit uns abgestimmt werden; so ist das Prinzip. Das Einzigartige bei uns in der Bundesrepublik ist, dass wir auch ehemalige Soldatinnen und Soldaten und Bundeswehrangehörige wieder zurück in den aktiven Dienst nehmen, um ihnen medizinisch-berufliche Rehabilitation unter unserem Dach zukommen lassen zu können. Das ist wirklich etwas ganz Besonderes. Wir setzen sie dann in ein sogenanntes Wehrdienstverhältnis der besonderen Art. Sie bekommen wieder das volle Paket der unentgeltlichen truppenärztlichen Versorgung und Leistungen zur beruflichen Qualifizierung.

Es wurde eben kurz der Mehrwert von Einsatzveteranen angesprochen. Wir bilden bei den Streitkräften extrem gut aus. Wir haben richtige Kompetenzen und Kapazitäten, die wir nutzen könnten, wenn wir denn dafür offen wären. Das ist ein Teil unserer Arbeit, denn wir schauen: Wer kommt versehrt in unseren Schutzbereich? Wohin geht derjenige wieder? Auch verändern sich die Statusgruppen: Was oben hereinkommt, kommt nicht unten wieder heraus. Das ist wirklich eine ganz persönliche Betrachtungsweise der Personen, um die es geht, und wohin es wieder geht. Aus meinem eigenen Erleben kann ich wirklich nur sagen: Einige frühere Soldatinnen und Soldaten, die in meinem Bereich tätig sind – teilweise waren sie auch in Gefechten –, sind in ihrer Kompetenz und ihrer Erfahrung unschlagbar. Es ist nicht mit Geld zu bezahlen, welchen Erfahrungsschatz sie in unsere Arbeit, die wir täglich zu bewältigen haben, eintragen. Ich kann nur an die Bevölkerung appellieren, wirklich für das offen zu sein, was diese Menschen mitbringen und an Mehrwert für unser ganzes System beitragen können.

Zum Veteranentag. Ich bin natürlich total dafür, dieses Thema so breit wie möglich in die Fläche zu tragen, denn nur so funktioniert es. Wir müssen sensibilisieren, wir müssen immer weiter daran arbeiten, dass sich auch die Menschen, die es betrifft, trauen, sich ärztliche Versorgung zu holen. Wir müssen weiter sensibilisieren und entstigmatisieren, gerade was psychische Erkrankung betrifft. Bei uns in der Bundesrepublik haben wir über 90 % psychisch Versehrte; das ist eine riesige Nummer für uns. Bei mir im Bereich haben wir 1.800 laufende Verfahren, um mal eine Zahl zu nennen. Ich bin total dafür, dass wir ganz viele Tage schaffen, mit denen wir das Augenmerk auf diese Personengruppe lenken, dass wir für sie arbeiten, dass sie sich trauen, Hilfe zu holen, denn je früher ich mir Hilfe hole, desto besser gelingt Genesung.

Wir sollten ihnen auch die Wertschätzung für das geben, was sie getan haben. Wir haben eben darüber gesprochen: In all unseren Berufsgruppen muss nur der Soldat tapfer verweilen. Das ist wirklich eine Einzigartigkeit, die der Soldat und die Soldatin mit sich bringt und als Pflicht hat. Dahin müssen wir schauen und das auch wertschätzen. Ich bin absolut bei Ihnen, Herr Dr. Bartscher: Wir dürfen die Angehörigen nicht vergessen, weil die das mittragen. Damit Rehabilitation gelingt, brauchen wir die Angehörigen, wir brauchen das soziale Umfeld, wir brauchen die Bevölkerung. Wir gehen von der Mikroebene immer weiter auf die Makroebene. Auch das unterstütze ich sehr.

In meiner Vorverwendung habe ich die Invictus Games mit ausrichten und begleiten dürfen. Das zeigt, welche Wellen so ein Großereignis schlägt. Die Befragung im Nachgang hat gezeigt, dass jeder Dritte etwas zu den Invictus Games sagen konnte. Was für eine Wirkung! Genau das wollen wir erzielen. Wir sind anders als andere Nationen aufgestellt. Wir müssen Mindset verändern. Wir haben es nicht so leicht wie in Frankreich oder in den USA, wo aus sich heraus eine Wertschätzung entsteht. Das heißt, wir müssen die Bevölkerung erreichen und zu solchen Phänomenen kommen, dass Museen sagen: Jawohl, wir gönnen uns das, wir geben Veteraninnen und Veteranen freien Eintritt oder dergleichen. – Wir müssen Impulse setzen. Impulse waren zum Beispiel die Invictus Games und auch die Invictus Germany. Diese Ereignisse schlagen Wellen, sodass andere aufspringen können.

Ich befürworte auch total die Fortbildung in den Schulen, denn da fängt es an. Wir müssen bei denen, die heranwachsen, anfangen zu sensibilisieren. Auch das wird

Wellen schlagen. Wir haben das bei den Invictus Games gemerkt: Da kamen Schülergruppen in Bussen. Wir haben erst gedacht: Wie wird das wohl werden? – Dann kamen die in dieses Zelt, in dem überwiegend der Sanitätsdienst und das Podium waren. Sie gingen auf die Soldaten zu und fragten: Darf ich mal Ihre Uniformen anfassen? – Es waren Soldatinnen und Soldaten vor Ort und wurden mit Fragestellungen gelöchert. Wir haben gedacht, das wird wie eine Veranstaltung in der Schule: Wir reden, die langweilen sich. – Nein, es war eine Veranstaltung zum Anfassen, und die waren interessiert. Nur so können wir auch die Jugend abholen.

Das sind alles sehr gute Ideen. Ich glaube, es geht nur zusammen. Es geht nur durch die bundeswehnrhnen Organisationen wie den Reservistenverband. Es geht nur mit den Streitkräften. Es geht aber auch nur mit der Bevölkerung, mit genau solchen Formaten wie heute und Formaten zentralisierter Art, um am Ende schrittweise tatsächlich in die richtige Richtung weiterzugehen.

Dr. Christian Weber (Liberale Soldaten und Veteranen): Ganz herzlichen Dank für die Einladung. Ich vertrete die Liberalen Soldaten und Veteranen. Wir sind eine Plattform für Soldaten, die sich vor allen Dingen in der FDP engagieren. Wir wollen die Erfahrung von Soldaten und Veteranen in die Partei einbringen. Damit sind wir nicht allein; es gibt ähnliche Initiativen, beispielsweise die Betriebsgruppe Bundeswehr in der SPD, mit der wir im guten Austausch sind, mit Charlie-Delta-Uniform der CDU oder auch mit BundeswehrGrün. Das zeigt, dass sich Soldaten und Veteranen zunehmend engagieren. Uns geht es darum, diese Erfahrung in die Parteien zu bringen, nicht in die Kaserne: Dort sind Soldaten zur politischen Neutralität verpflichtet. Es zeigt auch, dass Soldaten und Veteranen zunehmend aktiver werden und diese Themen in die Öffentlichkeit bringen wollen. Deswegen bin ich dankbar, dass Sie sich heute mit diesem Thema beschäftigen.

Ich war selbst 13 Jahre lang Soldat und habe zur Veteranenpolitik promoviert. Ich habe mir drei Fragen notiert, die besonders an mich gerichtet wurden, zum einen nach der zentralen Landesveranstaltung, wie Erfahrung und Kompetenzen von Soldaten und Veteranen gewinnbringend eingesetzt werden können und wie zivilgesellschaftliche Strukturen verbessert werden können. Eine Frage, die an alle gerichtet wurde, die ich sehr wichtig finde, ist die Messbarkeit. Es gibt natürlich Kriterien wie die Anzahl der Teilnehmer an solchen Veranstaltungen. Es geht auch um die Frage, wie die Anerkennung oder die Wahrnehmung von Soldaten in der Gesellschaft tatsächlich ist. Dazu sind auch immer wieder Umfragen erhoben worden. Zu Veteranen ist das tatsächlich etwas länger her. Da wurde in Deutschland nachgefragt: Was verbindet die Bevölkerung eigentlich mit Veteranen? Die Antworten waren eher: Es sind ältere Soldaten, es sind Soldaten, die in Einsätzen waren. Damit wurde vielleicht auch Einsatzschädigung assoziiert. Es ist natürlich wichtig, dass man diese Themen in den Blick nimmt. Gerade Einsatzschädigungen waren einer der Auslöser, warum wir uns überhaupt wieder mit Veteranenpolitik beschäftigen.

Es sollte darüber hinaus aber viel weiter gefasst sein. Wir haben einen weiten Veteranenbegriff, der alle aktiven und alle ehemaligen Soldaten umfasst. Entsprechend müssen wir auch dieser ganzen Spannweite an Erfahrung gerecht werden. Da können

solche Veranstaltungen beispielsweise am Veteranentag in Düsseldorf oder in Landeshauptstädten natürlich ein Ankerpunkt sein und dieses Engagement auch in die Bevölkerung tragen. Es ist aber auch wichtig, dass wir insgesamt zu einem positiven Veteranenbegriff kommen. In den Niederlanden gab es ein ähnliches Bild von Veteranen. Durch politische Maßnahmen wurde dieses Bild deutlich verbessert, sodass man mit Veteranen positive Assoziationen verbindet, indem man die Erfahrungen, die Soldaten machen, die Belastbarkeit, die sie mit sich bringen, die Resilienz stärker betonte. Das sollte auch bei diesen Veranstaltungen gewürdigt werden.

Dazu kann auch beitragen, das zivilgesellschaftliche Engagement zu fördern und vor allen Dingen auch die Wirtschaft einzubinden, also Unternehmen konkret dazu aufzufordern zu fragen: Wer von der Belegschaft war denn bei der Bundeswehr? Wir haben auch bei uns – ich arbeite in einem zivilen Unternehmen – solche Veranstaltungen gemacht, bei denen wir Testimonials gezeigt haben, zu denen man die Veteranen am Veteranentag eingeladen hat. Das zeigt auch, dass viele Soldaten nach dem Ende ihrer Dienstzeit eine sehr positive Karriere machen. Dazu müssen wir am Ende kommen. Das geht nur, wenn man auch diese zivilgesellschaftliche Struktur einbringt und das fördert. Man muss sich bewusst sein, dass Vereine limitierte Ressourcen haben. Deswegen ist es gut, wenn es solche Angebote gibt und die dadurch gefördert werden.

Ich war selbst Jugendoffizier. Dr. Bartscher hat es eben auch angesprochen: Ich unterstütze sehr, Soldaten und Veteranen an Schulen und Universitäten einzuladen. Wir haben Jugendoffiziere, die eine ausgezeichnete Arbeit machen. Davon waren einige in Einsätzen, andere waren es nicht. Es gibt natürlich Jahrgänge, die stärker in Einsätzen waren als andere. In den Niederlanden gibt es das Format „Veteranen im Klassenzimmer“: Jugendoffiziere werden ermuntert, Veteranen einzuladen und mit ihnen das Gespräch an den Schulen zu suchen. Das fände ich einen sehr guten Vorschlag.

In Berlin wurde etwas gemacht, was ich auch sehr gut finde: Institutionen wie öffentliche Bibliotheken einbinden. Es gibt mittlerweile ein gewisses Maß an Veteranenliteratur, in der sich Erfahrungsberichte finden. Es geht also darum, das vielleicht in öffentlichen Bibliotheken sichtbar zu machen und Veteranen einzuladen, über ihre Erfahrungen zu sprechen. Wenn man es schafft, Ankerpunkte wie eine zentrale Veranstaltung ergänzt durch Maßnahmen in der Fläche in Zusammenhang mit dem zu setzen, was schon besteht, werden wir zu einem positiven Bild von Veteranen kommen. „Einsatzschädigung“ ist ein wichtiges Thema. Die Soldaten, die davon betroffen sind, brauchen die beste Versorgung. Man muss sich aber dessen bewusst sein: Der Großteil der Veteranen blickt positiv auf seine Dienstzeit zurück, hat positive Erfahrungen gesammelt. Dieses positive Bild sollten wir durch Maßnahmen wie den Veteranentag zunehmend fördern.

Hans-Dieter Müller (Bundeswehr, Landeskommmando Nordrhein-Westfalen): Ich danke für die Einladung. Für mich ist es fast ein Heimspiel: Fast wöchentlich bin ich hier im Landtag als Experte. Ich bin jetzt im 44. Dienstjahr. Das Interesse an der Bundeswehr und der Bundeswehr als Organisation an sich ist stärker in der Mitte der Gesellschaft als je zuvor. Als bestes Beispiel möchte ich das Gelöbnis von 420 Rekruten erwähnen, das erstmalig nach dem Krieg auf Einladung des Parlaments und der

Landesregierung in Düsseldorf stattgefunden hat. Das war ein großartiges Event. Der Mediennachhall war sehr überzeugend. Natürlich hat es auch Proteste in verhältnismäßig wirklich sehr kleiner Zahl gegeben. Wie das Event in der Gesellschaft getragen wurde, in der Großstadt Düsseldorf, war für mich wirklich ein Highlight meiner Dienstzeit.

Solche Veranstaltungen wie heute tragen dazu bei, dass der Begriff „Veteran“ hinterlegt wird; der ist bestimmt. Ich bin selbst als aktiver Soldat Veteran, wie ich auch Einsatzveteran bin. Deswegen bin ich für die Begriffsbestimmung dankbar. Ich bin dankbar dafür, dass der Veteranentag eingerichtet worden ist. Ich bin dankbar für die Befassung in diesem Landtag, die genau in diese Richtung geht. Als Nichterstvortragender in der Runde kann ich alle Vorschläge, die ich gehört habe, nur bekräftigen. Insbesondere von Herrn Dr. Bartscher sind einige Empfehlungen gekommen. Die Ausrichter müssen aus der Gesellschaft kommen. Es muss das Land sein, es müssen die Kommunen sein, es müssen die Städte sein, es muss die Gesellschaft insgesamt sein, wenn es darum geht, der Bundeswehr und insbesondere den Veteranen das Gefühl zu geben: Ihr seid Kinder der Mitte der Gesellschaft. Das ist in der heutigen Zeit ganz besonders wichtig.

Was haben wir im letzten Jahr gemacht? War der Veteranentag ein Erfolg? Ja, weil die Vernetzung aller Spieler in diesem Umfeld gegeben ist. Kann er gesteigert werden? Ja, es gibt Potenzial. Wie lange haben wir in unserem Land gefochten, die Veteranenbegriffsbestimmung vorzunehmen? Dann kann man nicht erwarten, dass alles revolutionär über Nacht läuft, sondern es wird evolutionär sein. Auch da sind viele Gedanken, die heute schon in die Runde gegeben wurden, aus meiner Sicht sehr zu begrüßen.

Im letzten Jahr hat es hier in Düsseldorf im Landtag auf Einladung des Landtagspräsidenten eine Veranstaltung gegeben, an der ich teilgenommen habe. Der Präsident des Kuratoriums des Verbandes Soldaten und Veteranen, der Generalleutnant a. D. Kastorf, der Landtagspräsident und ich haben die Grußworte und die Reden gehalten. Das war gleichzeitig die Eröffnung der Ausstellung „Gesichter des Lebens“ hier im Landtag, eine Veranstaltung, die Aktiven, Einsatzgeschädigten, aber auch Veteranen ein Gesicht gegeben haben. Für mich war das eine großartige Veranstaltung. Es hat in Nordrhein-Westfalen im zweistelligen Bereich Veranstaltungen gegeben, die durch Abgeordnete des Bundes, aber auch Abgeordnete des Landtags vor Ort in den Kommunen ausgerufen wurden. Das waren Gottesdienste, das waren Begegnungsevents unterschiedlicher Natur. Bundeskanzler Merz hat als Abgeordneter des Hochsauerlandkreises – daran habe ich teilgenommen – am Hennesee zu Ehren des Veteranentages Soldaten, Aktive, Ehemalige und Veteranen zusammengeholt. Das war eine großartige Veranstaltung. Das war ein Blumenstrauß an vielen Aktivitäten, die ich aus meiner Sicht sehr begrüße. Man kann das sicherlich mehr für die Fläche fordern und vor allem fördern.

Dr. Klemens Brosig (Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr): Es wird immer schwieriger, noch etwas beizutragen. Ich möchte kurz auf die Erfahrung der Reserve in der Gesellschaft eingehen. Der Veteranentag soll ein Tag des Dankes der Gesellschaft an diejenigen sein, die in der Bundeswehr ihren Dienst tun oder ihren

Dienst getan haben. Ich finde alles gut, was wir für unsere Einsatzveteranen machen, was gemacht wird, was vielleicht auch noch gemacht werden muss, aber ich denke, wir müssen die breite Masse der Veteranen beim Veteranentag ansprechen. Wie spricht man Bevölkerung an? Wir haben Vorbilder, denen wir nacheifern sollten. Herr Bartscher hat schon gesagt: Die Niederlande und die Dänen sind ausgesprochen eifrig. Die haben regelrechte Volksfeste an diesem Tag der Veteranen. Davon sind wir weit weg. Wir müssen anfangen, Schritt für Schritt dorthin zu kommen, damit man Reserve wahrnimmt.

Im Allgemeinen nimmt man Reserve überhaupt nicht wahr, es sei denn, es läuft jemand aus der Nachbarschaft in Uniform herum. Die meisten wissen, wer in einer Blaulichtorganisation ist; wer aber aus der Nachbarschaft als Reservist tätig ist, weiß fast keiner. Das kann man eigentlich nur aus persönlichen Erfahrungen sagen; es gibt keine Evaluation. Ich selbst wohne in einem Lehrerviertel, das der Bundeswehr gegenüber nie sehr aufgeschlossen war. Man war immer überrascht, wenn ich in Uniform durch die Straßen gegangen bin – mit dem Vorteil, dass ich heute, wo es Probleme gibt, in der Situation, wie wir mit Bundeswehr, wie wir mit der aktuellen Sicherheitslage umgehen, gefragt werde: Klemens, was hältst denn du von der jetzigen Situation? – Das ist genau unsere Funktion als Reservisten, nämlich Mittler zwischen Bundeswehr und Gesellschaft zu sein.

Deswegen freut es mich, dass ich nach der Bundeswehr dran bin, denn die Reserve wird immer dem aktiven Dienst folgen, auch im Kriegsfall, von dem wir nicht hoffen, dass er eintritt. Ein Krieg beginnt immer – wir haben das in der Ukraine gesehen – mit den professionellen Soldaten und endet immer mit der Reserve. Ich denke, dass die Reserve auch den Auftrag hat, den Auftrag der Bundeswehr in die Gesellschaft zu bringen. Wir können das aber nicht alleine tun; dafür brauchen wir wirklich diejenigen, die Verantwortung tragen. Ich spreche in erster Linie vom Bundestag: Wenn der Bundestag einen nationalen Veteranentag beschließt, ist es für mich sehr verwunderlich, dass selbst die Abgeordneten, die dafür gestimmt haben, in ihren Wahlkreisen nichts, aber auch gar nichts gemacht haben. Das muss von oben kommen. Wir schaffen so etwas nicht von unten; wir schaffen es nur mit der Unterstützung von unten.

Ich habe meine eigenen Erfahrungen gemacht; ich habe es vorhin schon General Müller gesagt: Ich war in meiner aktiven Zeit Abteilungsleiter an der Regierung von Oberfranken und zuständig für alle Schulen. Ich kannte noch alle Landräte und Oberbürgermeister und habe sie durch unseren Regierungspräsidenten angeschrieben, sie möchten doch diesen Tag ganz einfach begehen. Es reicht zum Beispiel, Soldatenvereine – das ist in Bayern kein Drama, weil wir ziemlich viele Soldaten- und Reservistenvereine haben – am Tag der Veteranen, einen Tag davor oder danach mit Presse einzuladen, ein paar nette Worte des Dankes zu sagen, einen kleinen Umtrunk auszurichten und einen Pressebericht zu erstellen. Das würde erst einmal reichen, um überhaupt den Begriff der Veteranen in die Öffentlichkeit zu bringen.

Die Öffentlichkeit kann mit dem Begriff der Veteranen relativ wenig anfangen, weil er sehr aus amerikanischen Filmen geprägt ist. Der amerikanische Veteranenbegriff ist ein ganz anderer als der, den wir haben. Wir müssen lernen, Stück für Stück anzufangen. Ich bin der Überzeugung, dass wir genügend Organisationen haben – seien es

der Reservistenverband, der Bund der Deutschen EinsatzVeteranen, die Beiratsverbände im Reservistenverband. Alle würden unterstützen, wenn sie gefragt werden. Es kann aber nicht sein, dass wir selbst anfragen und uns fragen, ob wir etwas am Veteranentag machen müssen oder machen können. Das hilft vielleicht, aber es muss gesellschaftlich von oben verankert werden. Das passiert am besten in den kleinen Gemeinden – man braucht kein Riesenfest; das mag vielleicht in ein, zwei Jahren so weit sein –, indem die Politik den Kommunen Gelder zur Verfügung stellt, um vielleicht ein alkoholfreies Bier auszuschenken und Bratwürste anzubieten, ein Musikverein in einem Dorf bringt ein Ständchen oder so etwas. Diesen Gedanken müssen wir erst einmal in die Gesellschaft bringen.

Dazu, dass die Wahrnehmung der Reserve etwas stärker wird, gehört nicht nur der Tag des Dankens, sondern auch: Wie werden wir als Veteranen sichtbar? Es gibt 10 Millionen Veteranen. Natürlich ist der 85- und 95-Jährige genauso dabei. Wir haben eine große Anzahl an Leuten, die wir ansprechen können. Warum erlaubt man diesen Menschen nicht, am Tag der Veteranen ihre Uniform anzuziehen und zu zeigen „Ich bin Veteran“? Die Bundeswehr hat Angst, dass die Uniform eventuell nicht in dem Maße sauber getragen wird, wie sie getragen werden muss. Für diesen einen Tag ist es wurscht. Da sollten wir über unseren Schatten springen und den Leuten die Möglichkeit geben zu zeigen: Ich gehöre dazu. – Da haben wir noch viel Arbeit, aber das ist auch Arbeit der Parlamente.

Ich wurde vorhin zum Veteranenausweis gefragt. Auch das wäre eine Möglichkeit. Wir stellen uns vor, dass jeder, der bei der Bundeswehr war, mit seinem Abschluss – wir haben das Veteranenabzeichen – auch einen Ausweis bekommt, der ihn als Veteranen auszeichnet. Es obliegt dann Firmen beispielsweise zu sagen: Wenn ihr bei mir einkauft, bekommt ihr mit dem Veteranenausweis 2 oder 3 % Nachlass auf eure Rechnung. – Kommunen könnten sagen: Jemand mit Veteranenausweis kann die staatlichen kommunalen Museen besuchen. – Es gibt viele Möglichkeiten, mit denen man den Veteranenbegriff breiter in die Gesellschaft bringen kann.

Wir haben auch eine Kooperation mit dem Volksbund. Der Volksbund ist sehr aktiv und zeigt eigentlich die andere Seite des Soldatenberufes, indem er sich um die Gräber der Toten aus den beiden Weltkriegen vorwiegend im Ausland kümmert. Er macht aber auch eine hervorragende Jugendarbeit. Auch das könnte man unterstützen, damit junge Leute merken: Es lohnt sich, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu verteidigen. Ich bin im Augenblick ein bisschen entsetzt, wenn ich die Diskussionen mitbekomme, dass man nicht weiß, warum man für diesen Staat etwas machen sollte. Allein, dass man so etwas äußern kann, zeigt, dass wir mit einer Verfassung leben, die auf die freiheitliche demokratische Grundordnung ausgerichtet ist.

Wir unterstützen das Veteranenbüro, eine wunderbare Organisation, die die Bundeswehr vor fast zwei Jahren eingerichtet hat. Dieses Veteranenbüro ist ein bisschen der Nukleus der Veteranenbewegung, weil es Veteranen betreut, weil es den Begriff der Veteranen mit seinen Auftritten in ganz Deutschland verbreitet. Es wird jetzt überlegt, dieses Veteranenbüro zu multiplizieren und in der Fläche unterzubringen. Wir sind im Augenblick dabei, über einen runden Tisch viele kleine Veteranenvereine im positiven Sinn einzufangen. Gerade im Bereich der Einsatzveteranen gibt es ganz bunte

Kameradengruppen, die zum Teil sehr klein sind, die unter sich sein wollen, weil sie unter sich Hilfe und Mittel finden, miteinander ins Gespräch zu kommen. Darunter sind manchmal wild aussehende Motorradklubs. Ich denke zum Beispiel an die Green Devils – nicht unbedingt ein Name, der jemanden beruhigt –, die sehr viel Kinderarbeit in Kindergärten machen, sehr positive Sachen.

Das sind also alles Dinge, mit denen wir als Verbände in die Gesellschaft hineinwirken. Über unsere Mittlerfunktion hinaus ist es die Aufgabe der Politik, dieses Thema wirklich ernst zu nehmen und nach unten zu tragen. Erst wenn es da Aufmerksamkeit bekommt, kommen wir einen Schritt weiter. Eine jährliche Veranstaltung wie in Berlin verpufft; das muss ganz breit in die Fläche kommen.

Georg Schäfer (Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen): Waren die Fragen zum Veteranentag auch an mich gerichtet?

Vorsitzender Josef Neumann: Sie müssen nicht.

Georg Schäfer (Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen): Es ist letztlich eine politische Frage, wie und in welcher Form das durchgeführt werden soll. Ich kann meine persönliche Haltung dazu sagen, wir möchten aber als Kammer nicht zu dieser politischen Frage Stellung nehmen.

Dr. Sven Dreyer (Ärzttekammer Westfalen-Lippe/Ärzttekammer Nordrhein): Für mich gilt das ähnlich. Wir vertreten natürlich viele Menschen, die sich mit Blaulicht beschäftigen; die sind vielfach auch einsatzgeschädigt. Wenn man die mitdenkt – das scheint hier der Fall zu sein –, finde ich das eine gute Idee, denn manchmal herrscht auch auf den zivilen Straßen etwas Ähnliches wie Chaos.

Vorsitzender Josef Neumann: Mit dem ersten Teil sind wir durch. – Eine kleine persönliche Ergänzung von mir, weil Sie die Betreuung der Soldatinnen und Soldaten angesprochen haben. Ich war nur ein einfacher W-15er. Es ist bei mir aber im Bundeswehrkrankenhaus Koblenz eine gesundheitliche Einschränkung festgestellt worden, die dazu geführt hat, dass ich meinen Beruf gewechselt habe, und zwar von einem Beruf auf dem Bau in einen Beruf der Erziehung, in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung. Das war damals eine große Begleitung. Ohne die Bundeswehr hätte ich das nicht gemacht, das vielleicht nur als Hinweis.

Wir haben heute Nachmittag die 100. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales in dieser Legislaturperiode. Es ist das erste Mal – einige Kollegen haben das vorhin gesagt –, dass wir uns hier mit diesem speziellen Thema der Veteranen beschäftigen. Wir beschäftigen uns natürlich auch – das gehört zum ganzen Thema „Infrastruktur“ – mit der Frage: Wie bekommen wir unsere Krankenhäuser und unser Gesundheitssystem nach der Zeitenwende infrastrukturell so hin, dass es funktioniert? Das wird noch eine sehr große Herausforderung. – Damit kommen wir zum zweiten Schwerpunktthema, nämlich der Frage der seelischen Gesundheit.

Susanne Schneider (FDP): Vielen Dank, sehr geehrte Damen und Herren Sachverständige, für die ersten Antworten. Meine erste Frage geht an Herrn Dr. Dreyer und auch an Herrn Schäfer. Inwiefern sollten Fortbildungsangebote für die Ärzteschaft und für Psychotherapeuten in Bezug auf die Erfahrungen von Soldatinnen und Soldaten verbessert werden?

Meine zweite Frage geht auch an Herrn Dr. Dreyer, an Herrn Schäfer, an Frau Henjes, an Herrn Dr. Bartscher und an Dr. Brosig. Wie könnten Versorgungslücken an den Schnittstellen zwischen den Angeboten der Bundeswehr und den Rehabilitationsangeboten in der zivilen Gesundheitsversorgung geschlossen werden? Wie könnte man beides besser verzahnen und insbesondere die Unterstützung nach Dienstzeitende verbessern? Inwiefern wäre dabei eine zentrale Plattform auf Landesebene sinnvoll?

Eine dritte kurze Frage geht an Herrn Dr. Brosig, an Dr. Bartscher und auch an Dr. Weber. Inwiefern könnten Ansprechpartner für Veteraninnen und Veteranen auf kommunaler Ebene nach dem dänischen Vorbild die Unterstützung der Betroffenen verbessern und lokale Netzwerke aufbauen?

Thorsten Klute (SPD): Zunächst eine Frage an alle, auch wenn ich vermute, dass sie am ehesten Frau Henjes beantworten könnte. Über wie viele Menschen reden wir eigentlich, wenn wir nach Ihrer eben gemachten Darstellung nicht ausschließlich Soldatinnen und Soldaten, sondern Verwaltungsmitarbeitende, technisches Personal usw. einbeziehen? Über wie viele einsatzgeschädigte, mit seelischen Erkrankungen zurückgekommene Veteranen reden wir bundesweit? Wenn man das auf Nordrhein-Westfalen herunterbrechen kann, weil wir der Landtag von Nordrhein-Westfalen sind, wäre das für uns natürlich auch interessant.

Meine zweite Frage geht vermutlich auch an alle, vielleicht am meisten in Richtung derjenigen, die sich im medizinischen Bereich bewegen. Herr Prof. Zimmermann hatte für das Verteidigungsministerium eine schriftliche Stellungnahme abgegeben; er kann heute nicht hier sein. Er beschreibt dort einige Leistungen, die für einsatzgeschädigte Veteraninnen und Veteranen angeboten werden. Vermutlich ist das nicht abschließend. Daher würde ich gerne erfahren: Welche Leistungen gibt es bereits? Was davon geschieht auf Bundesebene? Wo gibt es Möglichkeiten der Gestaltung, über die Selbstverwaltung – wir haben zwei Vertreter der Selbstverwaltung hier – in den Ländern und den Regionen, weil wir es hier mit einer regionalisierten Selbstverwaltung zu tun haben?

Meine letzte Frage hätte eigentlich eher in den ersten Block gehört. Ich habe den Hinweis von Herrn Dr. Brosig sehr gerne aufgenommen, wenn es um Veranstaltungen im Wahlkreis geht. Ich wüsste auf Anhieb gar nicht, wer mir zuverlässig sagen könnte, wen ich einladen kann. Auf wen könnte ich zugehen, um überhaupt datenschutzkonform Adressen zu bekommen und Menschen einzuladen?

Marco Schmitz (CDU): Das würde mich allerdings auch interessieren, weil ich es für uns Wahlkreisabgeordnete spannend finde, die richtigen Menschen einzuladen. – Jetzt zum zweiten Punkt. Meine Frage geht vor allem an die Psychotherapeutenkammer und an die Ärztekammern. Menschen mit posttraumatischen Belastungsstörungen, die

aus dem Einsatz zurückkommen, sind nicht zwangsläufig im Dienst. Das sind nicht zwingend Soldatinnen und Soldaten, sondern ganz normale Bürgerinnen und Bürger. Die kommen erst einmal zum Hausarzt oder zum Psychotherapeuten, wenn Sie einen Termin bekommen haben; das müssen sie erst einmal schaffen. Wie ist die Überleitung, wie ist die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr? Wie funktioniert das vernünftig, damit die ehemaligen Kameradinnen und Kameraden die bestmögliche Versorgung bekommen? Wenn ich verletzt aus dem Einsatz komme, ist das relativ klar, aber gerade eine posttraumatische Belastungsstörung kann auch Jahre später durch einen Flashback kommen. Sie haben eben schon gesagt, die können wieder in den Dienst gesetzt werden, aber dazu muss ich erst einmal kommen, dass überhaupt klar wird, dass das aus dem Einsatz kommt.

Meine nächste Frage geht auch an Sie drei, an General Müller und Dr. Brosig: Welche Versorgungslücken für Veteraninnen und Veteranen sehen Sie noch? Keiner von uns möchte, glaube ich, dass Menschen, die als Parlamentsarmee vom Bundestag in den Einsatz geschickt worden sind und irgendwelche Schäden davontragen, anschließend nicht vernünftig behandelt werden. Ich weiß nicht, ob Herr Dr. Dreyer und Herr Schäfer auch etwas dazu sagen können. Welche Lücken sehen Sie noch, dass denen bestmöglich geholfen wird? Wenn Menschen schon ihr Leben für uns aufs Spiel setzen oder für uns und unsere Verteidigung da sind, müssen wir ihnen auch im Nachgang die bestmögliche Versorgung bieten.

Noch eine Frage, die nicht so richtig in diesen Bereich passt, mich aber trotzdem interessiert. Wenn wir uns im Rahmen der Zeitenwende darauf vorbereiten – die Gespräche der Bundeswehr mit dem Ministerium gibt es ja schon –, welche Akutkrankenhäuser genutzt werden sollen, wenn es zu einem Verteidigungsfall kommt, wie wird der ambulante Dienst einbezogen? Sind in die Krisenversorgung – das haben Sie in der Stellungnahme aufgenommen, Herr Dr. Dreyer – auch die niedergelassenen Ärzte einbezogen? Wenn wir uns im Verteidigungs- oder Bündnisfall befinden, wie schaffen wir es eigentlich vorsorgend, die psychiatrischen Probleme der Menschen, die kommen werden – egal, ob es die Einsatzkameradinnen und -kameraden, die an der Front stehen, die Flüchtlinge, die Kriegsgefangenen sind oder die Bevölkerung ist ... Das nimmt sehr viel Raum ein; vielleicht kann man einen etwas kürzeren Punkt nehmen. Auch darauf müssen wir in Zukunft vorbereitet sein. Mich würde interessieren, ob es auch dazu schon Überlegungen gibt, wie das vernünftig abgearbeitet werden soll.

Dr. Martin Vincenz (AfD): Zunächst eine Frage an Herrn Dr. Bartscher. Sie betonen in Ihrer Stellungnahme die bestehende Lücke zwischen der gesetzlichen Fürsorgepflicht gemäß § 31 Soldatengesetz und der realen Versorgungslage vieler Einsatzgeschädigter. An welcher Stelle sehen Sie strukturelle Diskrepanzen, bzw. wo müsste aus Ihrer Sicht nachgebessert werden?

Eine Frage an Herrn Dr. Dreyer. Sie sprechen sich in Ihrer Stellungnahme wiederum dafür aus, die Vernetzung sowohl zum Sanitätsdienst der Bundeswehr als auch zur Psychotherapeutenkammer in diesen Fragestellungen zu verbessern. Welche strukturellen bzw. politischen Hemmnisse gibt es bislang? Wie könnte man die am besten abbauen?

Vorsitzender Josef Neumann: Ich schlage vor, dass wir den Punkt, wie man gegebenenfalls an die Daten der Veteranen kommt, vorziehen.

Dr. Klemens Brosig (Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr): Ich kann nur von unserem Verband sprechen. Wir haben eine Website; dort kommt man bis in die lokalen Strukturen, zumindest bis auf die Kreise. Es sind immer Ansprechpartner genannt, die einem weiterhelfen können. Ob die einzelnen Reservistenkameradschaften vertreten sind, obliegt den Kameradschaften selbst. Wir sind mit 2.500 Reservistenkameradschaften übers Land eigentlich überall vertreten, aber nicht überall engagiert und, das muss man auch so sagen, zum Teil überaltert. Man kann aber zumindest helfen. Diese Kameraden sind meistens auch bereit, den Bürgermeistern oder Landräten zu helfen, wenn sie angesprochen werden. Das Problem ist für uns die Finanzierung.

(Thorsten Klute [SPD]: Aber Reservisten sind nicht gleichzeitig Veteranen!)

– Doch, jeder Reservist ist im Allgemeinen ein Veteran, es sei denn, er ist Förderer bei uns und war noch nie bei der Bundeswehr.

(Marco Schmitz [CDU]: Aber nicht jeder Veteran ist Reservist!)

– Das ist richtig, es kann auch ein aktiver Soldat sein.

(Thorsten Klute [SPD]: Es geht ja um den Veteranentag!)

Ich will nur sagen, wenn Sie Leute brauchen, ist es insofern günstig. Herr Dr. Bartscher, Sie haben auch Ansprechpartner. Es hat sich auch im letzten Jahr gezeigt, dass sich viele kleinere Vereine von sich aus zusammengeschlossen haben. Ich weiß es nicht für Nordrhein-Westfalen, aber in Koblenz gab es eine große Veranstaltung mit der Stadt zusammen; dazu haben alle Verbände beigetragen. Man bekommt sie heraus. Es gibt in den Kommunen kein verpflichtendes Vereinsregister, aber normalerweise kennt man die Leute, weil die Reservisten meistens auch beim THW, beim Roten Kreuz oder bei der Feuerwehr sind. Leute, die engagiert sind, sind häufig in vielen Vereinen.

Dr. Christian Weber (Liberale Soldaten und Veteranen): Ich wollte zu der Frage ergänzen, wie man die Veteranen erreichen kann. Dazu gibt es einen relativ pragmatischen Vorschlag. Bislang wird das Veteranenabzeichen mehr oder weniger postalisch verliehen. Jetzt kam der Gedanke auf, das mit dem Veteranenausweis zu verbinden. Ich glaube, das wäre sinnvoll, gleichzeitig aber so, dass es nicht nur eine Scheckkarte oder Ähnliches, sondern idealerweise ein digitales Format ist, das die Soldaten oder die Veteranen, die das beantragen, dazu ermuntert, sich zu registrieren. Das hätte den Vorteil, dass die Daten vorliegen. Bei jedem, der das Veteranenabzeichen beantragt, wird sichergestellt, dass er die Verleihungskriterien erfüllt. Man kann sich dort registrieren und ist angemeldet.

Die Incentivierung oder die Motivierung, sich dort einzutragen, muss durch solche Angebote entstehen. Wenn ich weiß, ich registriere mich dort auf dieser Plattform und

bekomme beispielsweise einen Soldatendiscount oder Veteranendiscount oder habe bestimmte Vorteile, die ich auch beim Veteranentag habe, könnte man die Soldaten oder Veteranen dazu motivieren, sich zu registrieren. Das hätte gleichzeitig den Vorteil, dass man an die Daten herankommt, da es freiwillig ist. Das kann man ergänzen, je nachdem welche Daten der Antragsteller von sich preisgeben will. Es wäre gut, wenn man es nicht bei den postalischen Veteranenabzeichen belässt, sondern idealerweise eine digitale Plattformlösung hat, die den Veteranenausweis ergänzt und an solchen Veteranentagen zum Einsatz kommen kann.

Frank Eggen (Angriff auf die Seele – Psychosoziale Hilfe für Angehörige der Bundeswehr [per Video zugeschaltet]): Ich würde gerne zur Ärztekammer oder Psychotherapeutenkammer ergänzen. Es gibt grundsätzlich das Problem, dass die Bundeswehr mit ihren Einrichtungen – fünf Bundeswehrkrankenhäuser und die dazugehörigen Psychiatrien und Ambulanzen – gar nicht die Kapazität hat, die derzeit in unserem System befindlichen Soldaten, die an psychischen Erkrankungen leiden, selbst zu versorgen. Das heißt, wir sind immer darauf angewiesen, nach einer Akutbehandlung oder Intervallbehandlung auf die niedergelassenen Psychiater und Psychotherapeuten in der Fläche zurückzugreifen. Die Bundeswehr hat derzeit etwa 1.200 Soldaten im Sanitätsdienst in Behandlung, von denen wir wissen. Dort besteht immer das Problem, dass eine ambulante Therapie, Unterstützung, Versorgung vor Ort notwendig ist, wenn die Akutbehandlung oder Intervallbehandlung in den Krankenhäusern durchgeführt wurde. Die Soldaten haben in der Regel große Probleme, die richtigen Therapeuten zu finden.

Unser Verein hat vor einiger Zeit die Webseite „PTSD-BW.de“ ins Leben gerufen. Wir haben 600 Therapeuten im Bundesgebiet angeschrieben und gefragt, ob sie sich eintragen, wenn sie sich berufen fühlen, Soldaten mit entsprechenden Krankheitsbildern zu behandeln. Das hat dazu geführt, dass wir etwa 60 Therapeuten gefunden haben, die jetzt durch Betroffene gefunden werden können. Es wäre natürlich schön, wenn die Kammern etwas anbieten können, entweder dass wir beim Aufbau der Webseite unterstützt werden oder dass sie die Möglichkeit bekommen, dort Therapeuten zu suchen, die sich vorstellen können, Soldaten zu behandeln. Es ist nicht immer ganz trivial, etwas zu finden, denn es muss auch der passende Therapeut sein. Man muss als niedergelassener Therapeut auch geschult sein, mit der Bundeswehr abrechnen zu können. Ich würde mir wünschen, dass sich die Versorgung verbessert.

Bei der Verzahnung in den Kommunen wäre es natürlich toll, wenn sich der Sozialdienst der Bundeswehr, der ganz fantastische Arbeit leistet, mit den psychologischen Diensten vor Ort verzahnt, damit man schnell vermitteln kann, wenn sich auf der einen oder anderen Seite ein Betroffener meldet.

Eine Versorgungslücke bei den Veteranen stelle ich im Moment noch bei der Unterstützung der Familie fest. Wir müssen wissen, dass wir hier zwei Versorgungssysteme haben: Die Soldaten haben die freie Heilfürsorge, das heißt, die Betroffenen selbst werden durch die Bundeswehr versorgt, aber die Angehörige meistens nicht. Die sind entweder zivil krankenversichert oder werden anders versorgt. Wir haben oft die Erfahrung gemacht, dass sich die Kameraden oder die Psychotherapeuten in der

Bundeswehr wundtherapieren, wenn man das Familienumfeld, die Kinder, die Partner, die Frauen nicht mit einbindet, weil eben die Konflikte in der Familie nicht gelöst werden können. Da können auch die Bundesländer oder die Kammern unterstützen, indem man eine bessere Verzahnung findet, wie man zum Beispiel Familientherapien oder Gruppentherapien fördern könnte.

Heike Henjes (ZALK – Zentrale Ansprech-, Leit- und Koordinierungsstelle der Bundeswehr für Menschen, die unter Einsatzfolgen leiden): Ich fange mit den Zahlen an. Es ist immer gefährlich, Zahlen in den Raum zu geben, weil sie interpretiert werden. Wir waren immer sehr vorsichtig mit Zahlen, weil sie häufig nicht zuverlässig sind. „So viele Erkrankte haben wir aus den Einsätzen“ – diese Zahlen gibt es nicht, weil die Bundeswehr nur die Zahlen der Soldatinnen und Soldaten und zivilen Angehörigen hat, die sich in ärztliche Behandlung begeben – sie müssen sich also schon auf diesen Weg begeben haben, und zwar tatsächlich in einer Einrichtung der Bundeswehr, also bei den Bundeswehrkrankenhäusern und den Facharztzentren, die wir in der Fläche ausgebracht haben usw. Das zählen wir.

Wirklich zuverlässig sind nur die Zahlen, die die ZALK hat, weil wir Anträge und unsere Fälle zählen. Ich habe die neuesten Zahlen mitgebracht: Von den über 1.800 laufenden Verfahren haben wir 1.176 Menschen in der sogenannten Schutzzeit. Das betrifft alle aktiven Soldatinnen und Soldaten sowie diejenigen, die wir von draußen über das Wehrdienstverhältnis der besonderen Art wieder hereingenommen haben, und auch diejenigen in einer anderen Statusgruppe. Diese Zahl können wir tatsächlich zuverlässig herausgeben.

Die Bundeswehrkrankenhäuser und die Facharztzentren zählen ihre Behandlungsfälle. Das ist auch nicht zuverlässig, weil man sich immer wieder vorstellt; das sind exorbitante Zahlen. Das Einzige, was man noch ein bisschen herausfiltern kann, sind Neuerkrankungen. Die liegen immer ungefähr bei 200 bis 300 pro Jahr. Wir hatten in der Vergangenheit Spitzen, was gut war, weil wir gesehen haben: Unsere Arbeit fruchtet, es begeben sich mehr Menschen in Behandlung, weil das immer ein Thema bei uns ist: Traue ich mich, mich zu outen oder nicht? – Das ist ein Thema, das man betrachten muss. Alles andere ist Spekulation. Zu all denjenigen, die unser System verlassen – wir haben ja Soldaten auf Zeit; das ist unser System in der Bundeswehr –, können wir keine zuverlässige Zahl geben. Das wäre wirklich rein spekulativ. Ich hoffe, ich habe damit die Frage ausreichend beantwortet.

(Thorsten Klute [SPD]: Vielen Dank!)

Dann komme ich zu dem anderen großen Thema der Versorgungslücke. Das wird immer ganz schnell in den Raum gegeben. In meiner Vorverwendung war ich Referentin beim Beauftragten für Einsatzgeschädigte im Bundesministerium der Verteidigung. Das war unser tägliches Thema. Wir haben geschaut, wo man den Finger in die Wunde legen, wo man noch etwas verändern kann usw. „Versorgungslücke“ ist ein riesiges Wort; jetzt schauen wir mal, was sich in den letzten Jahren getan hat. Das Einsatzweiterverwendungsgesetz gehört dazu, auch wenn es kein Versorgungsgesetz ist. Das ist total wichtig: Das ist ein Statusgesetz. Wir sind für die Rehabilitation zuständig. Unser Ziel ist die Rückkehr in die berufliche Tätigkeit – das ist das Ziel und nicht die Versorgung.

Was das Paket komplett macht, ist das erst dieses Jahr in Kraft getretene Soldatenentschädigungsgesetz. Das ist wirklich ein tolles Gesetz geworden. Darin wurden die Ansprüche neu gefasst. Zum Beispiel ist der sogenannte Berufsschadensausgleich jetzt ein Erwerbsschadensausgleich, der viel handfester verpackt ist. Jetzt kann das auch ein Nichtjurist lesen. Selbst die Juristen konnten den vorherigen Paragraphen kaum lesen. Jetzt ist es ein handfestes Gesetz, bei dem wir erst einmal schauen müssen, wie das greift. Wir sind gerade erst am Ende des ersten Jahres, sodass wir erst einmal sehen müssen: Wie klappt diese Antragsbearbeitung?

Ich sage Ihnen etwas zu diesem Erwerbsschadensausgleich: Wenn ich diesen Ausgleich bekomme, kann ich tatsächlich noch nebenbei arbeiten. Das ist eine Neuerung. Jetzt wird mir also nicht mehr der ganze Anspruch gestrichen, weil ich einen Minijob habe, sondern ich kann einer kleinen Tätigkeit für meine Selbstwirksamkeit nachgehen, was aus therapeutischer Sicht ganz wichtig ist, damit ich wieder ein bisschen zurück ins Leben finde. Gleichzeitig wird mein Einkommen bis zu diesem Maximum des Referenzbetrages angefüllt. So ist das gedacht. Es ist ein tolles Gesetz mit wirklich vielschichtigen Anspruchsleistungen. Vielleicht müssen wir ein bisschen schauen, wie das anläuft, bevor wir gleich wieder anfangen, danach zu suchen, was zu verbessern ist. Wir hatten zu Anfang des Jahres das Artikelgesetz, das im Rahmen dieses Zeitwendegesetzes auf den Weg gebracht wurde, mit dem auch schon nachgebessert und korrigiert worden ist, um zu schauen, das Paket bestmöglich zu verpacken. Nach meiner Praxiserfahrung haben wir ganz besondere Systeme.

Auch neu ist – das war gerade auch ein Punkt, den ich nicht vergessen möchte anzusprechen –, dass all diejenigen, die die Bundeswehr verlassen – ich spreche also die Soldaten auf Zeit an –, für Wehrdienstbeschädigungen, die ihnen anerkannt worden sind, an die Unfallversicherung Bund und Bahn überführt werden. Die übernimmt das Paket der Beschädigungsversorgung. Alles andere muss ich über mein eigenes Krankenversicherungssystem machen. Es ist auch eine tolle Neuerung der letzten Jahre, dass Soldaten auf Zeit in die gesetzliche Krankenversicherung zurückfallen; das war bis vor ein paar Jahren auch nicht so. Für das, was schadigungsbedingt ist, habe ich jetzt die Leistungen der UVB. Wir bekommen sehr gute Rückmeldung. Die UVB kann das. Die haben ein Rehamanagement usw.; das betreiben die schon seit Jahren. Diejenigen, mit denen wir uns ausgetauscht haben, haben wirklich gute Erfahrungen gemacht. Vielleicht ergänzen Sie noch ein bisschen, aber ich habe wirklich Gutes gehört. Das muss man vielleicht erst einmal anlaufen lassen, um zu schauen, wie diese Versorgung klappt.

Ansonsten haben wir in der Bundesrepublik Deutschland ein ganz klares Sozialversicherungssystem: Jeder wende sich an seine Krankenversicherung. Es gibt zum Beispiel Krankenkassen, die sagen: Vielleicht steht eine Wehrdienstbeschädigung im Raum; wir zahlen nicht. – Das dürfen die nicht. Sie können sich das Geld nachher zurückholen, aber sie müssen erst einmal ihre Leistung erbringen. Das sind tatsächliche Sachen, bei denen sich derjenige auf einmal vor einer Versicherung oder Krankenkasse sieht, die sich weigert zu leisten, obwohl sie es eigentlich müsste. Das sind praktische Sachen. Dann brauche ich jemanden, der an meiner Seite steht und mich in dem Kampf mit so einer Krankenversicherung unterstützt, weil ich krank bin.

Ich möchte deswegen unbedingt ansprechen, dass wir über 300 Mitarbeitende des Sozialdienstes der Bundeswehr haben, die in der Fläche sind. Die sind überall und auch zuständig für Ehemalige. Das gilt es auch zu transportieren. Da kommen wir wieder zu unserer Kommunikation, die wir weiter betreiben müssen. Wir haben ganz tolle Einrichtungen, nur muss man die kennen. Ich muss also als ehemaliger Soldat oder ehemalige Soldatin auf Zeit wissen, dass ich mich an diesen Sozialdienst wenden kann, wo die Profis sitzen. Die wissen nämlich, wie das System funktioniert. Die nehmen mich an die Hand, nehmen Verbindungen zu der Krankenkasse auf und unternehmen die ersten Schritte.

Viele Lücken entstehen häufig durch Menschen, die eigentlich das System besser beherrschen müssten. Den Krankenkassen kann man aber keinen Vorwurf machen, denn gerade die kleinen kennen sich einfach nicht aus. Wir haben einen Beirat für innere Führungen, der den Minister berät. In der Vergangenheit hat der Beirat wirklich ganz viel auf den Weg gebracht. Wir haben damals im Beauftragtenwesen Verbindungen zu den niedergelassenen Ärzten aufgenommen, also auch über die Ärztestrukturen, um diese Information tatsächlich hineinzugeben. Wir haben Kontakt zu der Telefonseelsorge aufgenommen, an die sich vielleicht ein Verzweifelter wendet, um handfeste Informationen an die Stellen zu geben, damit sie wissen, an wen man sich wenden kann, damit man bei dieser Fragestellung begleitet wird. Es fehlt häufig an dieser Kommunikation.

Der Sanitätsdienst betreibt mit den zivilen Trägern und auch gerade mit der UVB wirklich größte Anstrengung, um diese Szenarien zu besprechen, vorzubereiten und unter Dach und Fach zu bekommen. Details kann ich in diesem Plenum nicht kundtun, aber es gibt ganz große Anstrengungen. Es wird weit gedacht. Ich war gerade auf der Heilfürsorgetagung, deswegen weiß ich, dass der Sanitätsdienst auch ambulante Dienste ausbringen will, was gerade die ambulante psychotherapeutische Weiterbehandlung innerhalb der Bundeswehr betrifft. Auch da möchte ich eine Lanze für die gute Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und zivilen Psychotherapeuten und Ärzten brechen. Wir haben fünf Bundeswehrkrankenhäuser mit fünf Psychiatrien, die mit unseren eigenen Leuten voll sind. Sonst behandelt das Bundeswehrkrankenhaus viele zivile Patienten, aber die Psychiatrien sind tatsächlich mit den eigenen Angehörigen ganz schön voll. Ich teile die Meinung von Herrn Eggen: Sie sind wirklich immer ausgelastet. Gleichzeitig haben wir aber sehr gute Verbindungen ins zivile System. Vielleicht können Sie gleich noch ein bisschen ergänzen: Traumatherapie gelingt nicht nur unter dem Dach der Bundeswehr, sie gelingt auch in ambulanten Händen. In der Vergangenheit haben wir auch Fortbildungsmaßnahmen für zivile Psychotherapeuten aufgebaut; ich weiß nicht, ob die noch laufen, dazu können Sie vielleicht etwas sagen, Herr Schäfer. Sie haben Ausbildungspunkte bekommen usw., um auf Spezialitäten unseres Systems aufmerksam zu machen.

Es sind sozusagen zwei Seiten der Medaille, aber positiv gemeint: Es geht darum, die Therapeuten mit Information zu füttern. Gleichzeitig hatten wir damit eine Liste, wer diese Fortbildung gemacht hat, um unsere Soldatinnen und Soldaten die Zuversicht zu geben, dass sie auch in zivilen Händen gut aufgehoben sind. Es ist ein Mythos, dass nur Bundeswehrpsychiater gut behandeln können. Ambulante können das sehr

wohl; da haben wir wirklich tolle Ergebnisse. Vielleicht können Sie dazu noch ergänzen, um ein bisschen Mythen aufzuarbeiten. Das ist auch ein wichtiger Punkt.

Georg Schäfer (Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen): Ich möchte Sie erst einmal an diesem Vormittag begrüßen. Ich bin Mitglied des Vorstandes der Psychotherapeutenkammer in Nordrhein-Westfalen. Ich wollte Ihrer ersten Frage nicht ausweichen, Herr Neumann, aber die Kammer hat kein allgemeinpolitisches Mandat. Die Frage der Durchführung eines Reservistentages sehe ich eher in diesem Bereich – die Frage der Versorgung von Einsatzgeschädigten nicht; das ist ein anderes Thema. Persönlich darf ich vielleicht sagen: Ich habe mich gewundert, dass ich auch zu diesem erweiterten Veteranenkreis gehöre. Ich war Wehrpflichtiger im Bundeswehrzentral-krankenhaus in Koblenz und habe dort viele einsatzgeschädigte Soldatinnen und Soldaten aus dem Ausland gesehen. Da war die Bundeswehr noch nicht so aktiv im Auslandseinsatz, aber es gab viele aus anderen Ländern, die im Bundeswehrzentral-krankenhaus versorgt worden sind. Mit denen bin ich dort in Kontakt gekommen.

Die Psychotherapeutenkammer sieht es als eine bedeutsame Aufgabe an und sich auch in der Verantwortung, bei Soldatinnen und Soldaten, die im Einsatz psychische Schäden erlitten haben – das ist der Bereich, um den wir uns sorgen –, für eine bestmögliche Versorgung beizutragen. Wir vertreten in Nordrhein-Westfalen 16.000 Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sowie Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -psychotherapeuten. Der Großteil davon ist niedergelassen. Zur Fortbildung und Ausbildung ist erst einmal festzuhalten, dass in der postgradualen Ausbildung von Psychotherapeuten, die drei oder fünf Jahre umfasst, immer auch eine Qualifizierung für die Behandlung posttraumatischer Belastungsstörungen enthalten ist. Es ist ein Teil der Ausbildung, dass das gesamte Spektrum der Indikationen auch behandelt werden kann. Es gibt darüber hinaus Fortbildungsangebote speziell für posttraumatische Belastungsstörungen, die zum Teil von der Kammer selbst, zum Teil von Fachverbänden durchgeführt werden.

Natürlich spielt es in diesem Bereich der Versorgung von Einsatzveteranen eine besondere Rolle, die Einsatzbedingungen, die Strukturen der Bundeswehr besser zu kennen. Wir haben vor einigen Jahren im Verbund mehrerer Kammern – das waren die Kammern Rheinland-Pfalz, Saarland und Nordrhein-Westfalen – in Kooperation mit der Bundeswehr eine Veranstaltung durchgeführt: Soldatinnen und Soldaten in der Bundeswehr, Dienst, Einsatz und Belastungen. Das hat in der Luftwaffenkaserne in Köln-Wahn stattgefunden. Das war eine gut besuchte Veranstaltung mit 250 Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, die über spezielle Einsatzbedingungen, Strukturen, Belastungen usw. informiert worden sind. Es ist sehr wertvoll, so eine Veranstaltung durchzuführen und zu wiederholen. Wir führen ähnliche Veranstaltungen mit der Polizei durch; erst vor Kurzem konnten wir uns über die Einsatzbedingungen näher informieren. Man kann vielleicht auch an die Feuerwehr denken, um da die speziellen Bedingungen in den Blick zu nehmen. Speziell für Soldatinnen und Soldaten wäre es, glaube ich, gewünscht, eine Folgeveranstaltung zu organisieren und mit dem Verteidigungsministerium in Kontakt zu kommen.

Die Kammer führt darüber hinaus Fortbildungsangebote zur Begutachtung psychisch-reaktiver Traumafolgen, Fortbildungen zur psychosozialen Notfallversorgung sowie jährlich einen Kongress zu Wissenschaft und Praxis in Nordrhein-Westfalen durch, bei denen regelmäßig auch Fortbildungsmöglichkeiten im Bereich der Traumatherapie angeboten werden. Einen genauen Überblick, wie viele Kolleginnen und Kollegen eine Zusatzqualifizierung oder eine Fortbildung absolviert haben, haben wir nicht, weil das keine Weiterbildung im Sinne unserer Weiterbildungsordnung ist. Es ist eine Fortbildung. Wir haben die Zahlen der Verbände nicht im Einzelnen verfügbar. Ich habe versucht, mich etwas zu informieren: Es deckt sich auch mit meinem persönlichen Eindruck, dass mindestens ein Viertel der Kolleginnen und Kollegen eine Fortbildung absolviert hat. Es ist ein großer Kreis an Kolleginnen und Kollegen, die eine Zusatzqualifizierung erworben haben.

Bei der Einbindung in die Versorgung gibt es zwei Wege, zum ambulanten niedergelassenen Psychotherapeuten zu finden. Der eine Weg ist geregelt über einen Vertrag zwischen der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und dem Bundesministerium der Verteidigung. Dieser Vertrag existiert schon sehr lange. Ich bin in Bonn niedergelassen und im Rahmen dieses Vertrages hin und wieder tätig gewesen. Ich brauche keine Fortbildung, um abrechnen oder das von der Verwaltungsseite her regeln zu können. Das ist nicht so problematisch; das ist auch durchaus ohne Fortbildung zu bewältigen. Das ist ein Weg zum niedergelassenen Psychotherapeuten. Weil die Versorgung insbesondere von Soldaten mit Einsatzschäden im Rahmen dieses Vertrages unzureichend war, ist 2013 ein zusätzlicher Vertrag zwischen der Bundespsychotherapeutenkammer und dem Bundesverteidigungsministerium geschlossen worden, der zusätzlich zu dem Zugang zu den Vertragspsychotherapeuten auch einen Zugang zu den Privatpraxen von Psychotherapeuten ermöglicht. Es liegen uns aber keine Zahlen vor, wie die Wartezeiten dort aussehen.

In der ambulanten Versorgung durch Vertragspsychotherapeuten haben wir schon lange ein Problem mit längeren Wartezeiten, die zehn bis 30 Wochen betragen können. Das ist viel zu lang, gerade bei der Behandlung posttraumatischer Belastungsstörungen. Ich kann mir vorstellen, dass viele Kolleginnen und Kollegen, die von dem Anliegen des Patienten hören, bereit sind, schnellstmöglich eine Behandlungsmöglichkeit bereitzustellen, insbesondere im Rahmen der Akutbehandlung, die uns möglich ist. Darüber hinaus gibt es eben diese zweite Zugangsmöglichkeit zu Privatpraxen, die sicherlich in der Versorgung eine wesentliche Entlastung bringt.

Dr. Sven Dreyer (Ärztammer Westfalen-Lippe/Ärztammer Nordrhein): Vieles hat Kollege Schäfer schon gesagt. Neben den psychologischen Psychotherapeuten gibt es natürlich die ärztlichen Psychotherapeuten, für die die Zugangswege ganz ähnlich sind. Fortbildungen gibt es reichlich; sie werden weiter ausgebaut. Das ist insbesondere der Tatsache geschuldet, dass es nicht nur im militärischen Bereich, sondern eben auch im zivilen Bereich insbesondere nach traumatischen Ereignissen eine wachsende Nachfrage gibt. Wir kennen das aus der Patientenversorgung und erinnern uns an Essen und Düsseldorf, wo Menschen bewaffnet durch Krankenhäuser laufen und Ärztinnen und Ärzte angreifen; also sind wir selbst auch direkt betroffen.

Zur Wahrheit gehört dann gleich, dass es überhaupt nicht um die bestmögliche Versorgung geht, sondern im Sozialgesetzbuch steht „ausreichend“. Wenn wir auf die Zukunft blicken, wird auch das zunehmend schwieriger werden, weil wir auf einen massiven Versorgungsmangel zulaufen – so viel zu guten Nachricht vorweg.

Wir haben in der Bundeswehr tatsächlich eine gute Organisation, wenn ich den Bericht von Frau Henjes und das von Herrn Zimmermann geschriebene Statement lese. Das kennen wir von den Landespolizeien auch: Die sind extrem gut organisiert und wissen, wer wo für sie arbeitet. In der Regel haben sie eine enge medizinische Überwachung. Es sind nicht „nur“ fünf Bundeswehrkrankenhäuser, sondern für die fünf Bundeswehrkrankenhäuser können wir dankbar sein. In der Zeit, in der wir uns akut bewegen, profitiert auch die zivile Gesellschaft deutlich von diesen fünf Bundeswehrkrankenhäusern.

Es wäre schön, wenn Herr Zimmermann da wäre, weil ich spannend finde, was ich da an Positivem herauslese. Er spricht von der zentralen Hotline der Bundeswehr. Ich lese seinen Satz: „Diese kann somit auch auf Landesebene genutzt werden und ggfs. eine eigene Hotline ergänzen oder ersetzen.“ Die Bundeswehr ist an der Stelle wirklich gut aufgestellt. Ich kenne mehr die polizeiliche Versorgung und habe das Gefühl, dass Hand und Fuß hat, was die Bundeswehr sagt. Daher bin ich ein Stück weit hoffnungsfroh. Gleichwohl haben Sie die Versorgungslücke angesprochen. Dazu kann ich eben nichts Gutes sagen: Sie wird größer – wobei wir den Vorteil haben, dass jeder hausärztlich tätige Kollege und jede hausärztlich tätige Kollegin eine psychosomatische Grundversorgung gelernt hat. Jeder Hausarzt und jede Hausärztin weiß zumindest mit einer Akutsituation umzugehen und in den dazugehörigen Versorgungsweg einzusortieren.

Zum Glück können noch Menschen, die in akuten Selbstgefährdungen sind, notfallmäßig von unseren Psychiatrien behandelt werden, so zumindest der jetzige Stand der Dinge. Die Landzeitversorgung ist in der Tat sehr viel komplexer, sehr viel enger. Die Psychiatrien in den Bundeswehrkrankenhäusern sind genauso ausgelastet wie im zivilen Bereich. Umso froher bin ich, dass wir über eine Krisensituation nur sprechen und sie im eigenen Lande noch nicht haben. Ich hoffe, wir kommen auch nie dazu.

Es kam die Frage nach dem Verteidigungsfall auf. Da sind wir dran. Wir hatten das erste Mal in der Geschichte des Deutschen Ärztetages Generalstabsarzt Backus in der Bütt. Wir haben uns im Vorstand der Ärztekammer Nordrhein mit Generalarzt Groß ausgetauscht und sind im Gespräch mit der Bundeswehr, weil wir natürlich das Problem haben, dass niedergelassene Kolleginnen und Kollegen keine kritische Infrastrukturmaßnahme hinter sich haben wie Großkliniken. Ich bin selbst am Universitätsklinikum Düsseldorf tätig. Da werden Krisenszenarien immer wieder geübt, und wir haben auch einen Katastrophenschutzbeauftragten im Haus. Das kann sich nicht jeder Niedergelassene erlauben, selbst wenn er sich mit anderen MVZs zusammentut. Da sind wir ein Stück weit blank.

Das andere Problem, das wir gerne angehen wollen und bei dem wir gegebenenfalls die Unterstützung der Politik gebrauchen können, ist die Tatsache, dass genau zutrifft, was Sie gesagt haben, dass nämlich Menschen mehrfach engagiert sind. Es müssen nicht unbedingt Reservisten sein, aber wenn ich in einer Blaulichtorganisation bin, bin

ich mit einer hohen Wahrscheinlichkeit auch in einer anderen engagiert. Als Soldat bin ich möglicherweise gleichzeitig an der BEG beschäftigt, die einspringen soll, wenn uns die Bundeswehr unsere Ärzte wegruft. Über diese Doppelverwendung haben wir keine Daten. Die Ärztekammer kann sich gut vorstellen, dass wir solche Verwendungen in unser Register eintragen. Das können wir aber im Augenblick nicht, weil das Heilberufegesetz das nicht zulässt, also müsste man zum Beispiel darüber nachdenken. Ob unbedingt die Ärztekammer die Institution dafür ist, weiß ich nicht; jeder andere soll mir auch recht sein. Alles was wir nicht machen müssen, entlastet uns natürlich. Egal wie müssen wir aber schauen, dass wir Doppelverwendung von Ärztinnen und Ärzten – ehrlicherweise, wenn wir Richtung Pflegerinnen und Pfleger schauen, wäre die Pflegekammer am Zuge – irgendwie erfassen, damit wir wissen, wer überhaupt noch überbleibt. Klar ist: Im Krisenfall, im Verteidigungsfall zieht die Bundeswehr. Dann können die Kolleginnen und Kollegen zehnmal sagen, dass sie aber eigentlich zum Roten Kreuz wollten, dann gehe die zur Bundeswehr; das ist gar nicht die Frage.

Wir haben eine große Aufgabe, wie ich finde. Gleichzeitig sind aber die Ärztekammern und auch die Bundesärztekammer auf dem Weg, die zivil-militärische Zusammenarbeit zu stärken und weiter aufzubauen. Das ist also eine Aufgabe, der wir uns durchaus widmen, die bis vor dem Angriff auf die Ukraine verständlicherweise gar nicht so im Fokus stand. Ich wünschte, sie wäre nie in den Fokus gerückt und wir könnten weiter sagen, die Bundeswehr verteidigt uns, sie ist eine schöne Parlamentsarmee, und es ist alles entspannt. Das ist aber nicht mehr die Realität. Ansonsten schauen wir natürlich, dass wir die Angebote in Regionen und Ländern über die Kassenärztlichen Vereinigungen steuern, in denen beide Berufsgruppen – die psychologischen und die ärztlichen Psychotherapeuten – gemeinsam sitzen und sich anschauen, wie die Versorgung im ambulanten Bereich stattfinden soll.

Dr. Michael Bartscher (Bund Deutscher EinsatzVeteranen): Ich möchte kurz auf die Zahlen zurückkommen. Es gibt eine Bundestagsdrucksache vom August 2024, die von 462.000 Einsatzsoldaten spricht. Es gibt Wissenschaftler, die sagen, 50 % dieser Menschen kommen mit einem Erlebnis zurück. Das ist natürlich eine sehr hohe Zahl. Die letzten wissenschaftlichen Untersuchungen sagen, ca. 20 % haben einen psychischen und oder körperlichen Schaden. Rechnen wir das hoch, kommen wir auf knapp 100.000 Menschen. Anhand der Zahl, die Frau Henjes nannte – 1.176, die sie in ihrem Bestand hat – erkennen Sie die gigantische Dunkelziffer, die wir in unserem System haben. Damit ist das System Bundeswehr, der Sozialdienst mit 300 Menschen, die eine riesige Fläche abzudecken haben, völlig überfordert. Das ist die Versorgungslücke, die von ich in meinem Statement angesprochen hatte.

Wir haben eine sehr gute gesetzliche Grundlage, sicherlich mit eine der besten in Deutschland, ohne Zweifel. Dazwischen sitzen aber Menschen, die sie anwenden müssen. Sie müssen wissen: Zur Anerkennung eines Schadens muss der Betroffene klar und eindeutig belegen, welches schädigende Ereignis vorlag. Wenn das im Kosovo vor über 30 Jahren passiert ist, er keine Kameraden mehr kennt, keine Dokumentation der Bundeswehr existiert, steht er da, ist hilflos und braucht Ansprechpartner. Da hilft innerhalb der Bundeswehr niemand, da helfen zivile Organisationen wie beispielsweise wir vom Bund Deutscher EinsatzVeteranen, die versuchen, das entsprechend aufzufangen.

Wir haben eine Vielzahl an Menschen, die am System verzweifeln. Mein eigener Antrag ist nach zehn Jahren noch immer nicht entschieden. Ich bekomme eine Entschädigung, keine Angst, aber final ist das immer noch nicht klar, weil man Menschen in eine juristische Schleife schickt, die beim Sozialgericht landet. Das Sozialgericht lässt die Fälle zwei, drei, vier Jahre liegen. Man wird von einem Gutachter zum nächsten geschickt, weil man alles rechtmäßig absichern möchte.

Am Soldatenentschädigungsgesetz, das im Januar 2025 in Kraft getreten ist, hat unser Verband viel mitgewirkt. Wir haben es geschafft, dass erstmalig auch die Gruppe der Zeitsoldaten die gleichen Rechte bekommt wie der Berufssoldat, aber es ist versäumt worden, die Gruppe der Reservisten zu berücksichtigen. Wer im Reservistenstatus in den Einsatz gegangen ist und dort einen Einsatzschaden hat, wird den Zeit- und Berufssoldaten nicht gleichgestellt. Diese Lücke müssen wir noch schließen. Das Gleiche gilt für den freiwillig Wehrdienstleistenden; den hat man auch vergessen. Es gibt also durchaus Lücken, die es noch zu schließen gilt.

Es wurde von Frau Henjes angedeutet: Die Unfallversicherung Bund und Bahn übernimmt das sehr professionell. Mein Bearbeiter musste sich erst einmal an das System Bundeswehr gewöhnen. Er bekommt Dokumentationen in einem großen Karton zugeschickt. Das ist eine Überforderung für den Bearbeiter. Weshalb macht die Unfallversicherung Bund und Bahn das? Das macht sie, weil die Bundeswehr überfordert war. Sie hat diese Verantwortung letztlich ausgesourct.

Frau Henjes hat auch private Krankenversicherungen angesprochen. Wir haben eine immense Anzahl an jungen Soldaten, die aus der Bundeswehr als Berufssoldat ausscheiden – gut, dann sind sie nicht mehr ganz so jung –, die sich wieder krankenversichern müssen. Sie werden aber aufgrund ihrer Einsatzschädigung plötzlich so hochgestuft, dass sie einen monatlichen Betrag zwischen 300 und 400 Euro haben. Das kumuliert auf rund 80.000 Euro in 20 Jahren. In der Vergangenheit im alten Gesetz hatten sie noch einen großen Behandlungsschein und konnten mit diesem innerhalb der Bundeswehr versorgt werden. Es gibt also diverse Lücken, die es zu schließen gilt.

Ich habe angedeutet, dass wir im Bund Deutscher EinsatzVeteranen ein Kompetenznetzwerk haben. Wir haben auch sehr viele Ärzte und Psychotherapeuten, die sich ehrenamtlich bereit erklärt haben, uns zu unterstützen, weil es nicht so einfach ist, überhaupt einen Platz für eine Psychotherapie zu bekommen, wenn man außerhalb des Systems liegt. Innerhalb der Bundeswehr besteht eine sehr gute Versorgung – das funktioniert zweifelsohne hervorragend –, aber ist man einmal draußen, hat man immense Hürden zu bewältigen, bis man einen entsprechenden Ansprechpartner findet, der auch Kompetenz bei spezifischen durch Einsätze bedingten Traumata hat. Auch diese Expertise ist nicht so weit verbreitet.

Wir selbst haben natürlich auch einen sogenannten Notfallbutton – Herr Brosig hat es für seinen Verband angedeutet –, der den Menschen im Internet die Chance gibt, uns anzurufen oder eine Mail zu schreiben. Wir reagieren relativ schnell innerhalb von 48 Stunden; dann ist ein Betreuer vor Ort. Wir nehmen dann den Bestand auf, um zu klären, wie man dieser Person am besten helfen kann. Wir unterstützen rund 800 Menschen aktiv. Das sind Personengruppen, die wir durch das Bundeswehrsystem nicht

bewältigt bekommen. Es existieren also Lücken. Das geht nur, wenn man gemeinsam mit allen Verbänden und allen Organisationen versucht, das zu realisieren.

Dennis Sonne (GRÜNE): Ich muss mich entschuldigen, dass ich gerade nicht da sein konnte. Wir haben aktuell eine Krankheitswelle, und ich muss mich ein bisschen aufteilen. Deswegen weiß ich auch nicht, ob meine Fragen schon gestellt wurden; ich konnte das aus den letzten Antworten nicht heraushören. Deswegen würde ich noch eine Frage an alle und jeweils eine Frage an einen Sachverständigen stellen, wenn das in Ordnung ist.

Vorsitzender Josef Neumann: Ich weiß nicht, ob es angesichts der Tatsache, dass wir hier schon zwei Stunden sitzen, in Ordnung ist, dass alle noch auf eine Frage antworten. Vielleicht präzisieren Sie Ihre Frage an bestimmte Personen.

Dennis Sonne (GRÜNE): Dann würde ich die erste Frage an diejenigen stellen, die sich davon angesprochen fühlen, sofern diese Frage nicht schon beantwortet wurde und ich sie mir aus dem Protokoll herausuchen kann. Es geht um die Veteranenkoordinatorinnen, die in einigen Stellungnahmen wiederholt als Vorbild genannt wurden. Was genau bedeutet das? Was können wir auf Landesebene berücksichtigen?

Noch eine Frage an die Ärztekammer, an Herrn Dr. Dreyer. Können Sie uns die Idee der verstärkten Vernetzung von Akteurinnen des Gesundheitswesens im Bereich der PTBS beim Veteranen genauer erläutern? Herr Dr. Weber, können Sie uns die Idee einer Koordinierungsstelle von Hilfsangeboten auf Landesebene genauer erläutern?

Marco Schmitz (CDU): Ich habe noch eine Nachfrage, weil das eben in einem Statement von Herrn Dr. Dreyer oder von Herrn Schäfer gekommen ist. Gibt es die Fachfortbildung für die Ärztinnen und Ärzte speziell für Menschen mit Einsatzerfahrung schon? Die Frage geht auch an Herrn General Müller. Werden die durchgeführt, oder ist das nur einmal gemacht worden? Sie haben das eben in einem Nebensatz gesagt.

Hans-Dieter Müller (Bundeswehr, Landeskommmando Nordrhein-Westfalen): Das übersteigt meine Sachverständigenkompetenz; vielleicht kann Frau Henjes etwas dazu sagen.

Dr. Christian Weber (Liberale Soldaten und Veteranen): Das knüpft auch an die Frage von Frau Schneider an. Da ging es auch darum, wie das auf lokaler Ebene unterstützt werden kann. Ich glaube, wir müssen ein Modell finden, das für uns sinnvoll und praktikabel ist. Das Veteranenbüro wurde bereits genannt; das ist so eine Anlaufstelle, wenn man so möchte. Sie sitzt allerdings in Berlin. Nicht jeder Veteran wird, sofern er davon weiß, nach Berlin fahren, sondern wir brauchen solche Ansprechpartner auf lokaler Ebene. Das kann durch ein Veteranenbüro beispielsweise koordiniert werden, heruntergebrochen auf die Landesebene oder auf die kommunale Ebene. Wir haben eben schon gehört, dass das Versorgungssystem denkbar komplex ist. Das

heißt, es ist durchaus sinnvoll, wenn man jemanden hat, der einen fachkundig dadurch führen kann.

Dabei ist ein Gedanke wichtig: Nicht jeder, der eine Einsatzschädigung davonträgt, hat unbedingt ein positives Verhältnis zur Bundeswehr. Es gibt durchaus welche, die danach nichts mehr mit der Bundeswehr zu tun haben wollen. Gleichzeitig gibt es auch Angehörige, denen vielleicht Veränderungen an ihrem Partner oder an ihrer Partnerin auffallen, die vielleicht damit zusammenhängen könnten. Auch die müssen eine Ansprechstelle haben. Deswegen finde ich den Vorschlag sehr gut, dass es ehrenamtlich geförderte, aber professionell ausgebildete und geschulte Koordinatoren gibt, die einen durch dieses System führen können, die nicht unbedingt direkt bei der Bundeswehr angesiedelt, sondern etwas außerhalb sind, um auch Vertrauen zu haben und die Betroffenen wie auch die Angehörigen – ich glaube, das ist sehr wichtig – durch dieses System der Versorgung führen zu können. Da wäre ein System wichtig, das nicht nur auf ein Veteranenbüro beschränkt ist, sondern auch auf Landes- und auf kommunaler Ebene existiert, ergänzt durch digitale Angebote, über die wir gerade auch schon gesprochen haben.

Dr. Sven Dreyer (Ärzttekammer Westfalen-Lippe/Ärzttekammer Nordrhein): Auf Einsatzerfahrung spezialisierte Fortbildungsangebote gibt es bisher nur sporadisch und nicht systematisiert. Wir sind im Aufbau mit unserer Akademie und müssen schauen, ob das Angebot tatsächlich neben dem, was die Bundeswehr schon bietet – das möchte ich an der Stelle unterstreichen ... Auch da sind wir im Austausch. Wir müssen schauen, wie und ob wir da voranschreiten. Dass es bei der Bundeswehr ein Referat mit einem Beauftragten PTBS gibt, ist unfassbar gut und unfassbar positiv. Ich wünschte mir wirklich, Herr Zimmermann wäre hier, denn das wären die schönsten Nebengespräche gewesen, die man sich vorstellen kann, weil der Bedarf da ist. Man liest aber aus seinem Statement heraus, dass es schon eine Vernetzung von „PTBS-hilfe.de“ gibt. Ich kenne das Angebot leider nicht, setze aber sehr große Hoffnungen hinein. Zu Ihre Frage nach Vernetzungen und Ideen wiederhole ich nur kurz, dass sowohl die Bundesärztekammer als auch die Ärztekammer Nordrhein als auch die Ärztekammer Westfalen-Lippe im Austausch mit der Bundeswehr sind.

Georg Schäfer (Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen): Die Veranstaltung, die ich vorhin benannt habe, war eine einmalige Veranstaltung, von der wir aber wünschen, dass die fortgesetzt wird. Soweit mir bekannt ist, bietet die Bundeswehr selbst Fortbildungsangebote an, an denen Kollegen unserer Berufsgruppe teilnehmen können. Ich habe aber keine Zahlen, in welchem Umfang das wahrgenommen wird.

Heike Henjes (ZALK – Zentrale Ansprech-, Leit- und Koordinierungsstelle der Bundeswehr für Menschen, die unter Einsatzfolgen leiden): Diese Ausbildung wurde vor vielen Jahren initiiert. Die hat, Gott sei Dank, auch Ausbildungspunkte eingebracht. Dadurch war es für die Psychotherapeutenseite interessanter, daran teilzunehmen. Wie aktuell die Zahlen sind, vermag ich auch nicht zu sagen, weil ich nicht mehr beim Bauauftrag PTBS diene, sondern jetzt in einem anderen Bereich bin. Ich nehme die Frage aber auf jeden Fall gerade zum Bauauftrag PTBS mit, um nach-

zufragen: Läuft es denn noch? Gute Sachen haben manchmal die Tendenz einzuschlafen. Sie haben auch gesagt, dass sie weiter bestrebt sind zusammenzuarbeiten, was ganz gut ist.

Ich möchte noch ganz kurz erwähnen, dass wir in Ergänzung zu dem Rehamanagement der UVB, das ich angesprochen habe, jetzt auch ein Rehamanagement für Einsatzgeschädigte unter dem Dach des Einsatzweiterverwendungsgesetzes aufziehen, also erst einmal im Pilotverfahren. Ohne Ressourcen stemmen wir das noch so nebenbei, um diese Verzahnung, die wir alle angesprochen haben, wo wir vielleicht eine Lücke ausmachen, bestmöglich herzustellen. Das noch als Ergänzung.

Vorsitzender Josef Neumann: In den Gesprächen bei den Invictus Games wurde beim Heilungsprozess immer wieder das familiäre und persönliche Umfeld genannt. Das ist einer der zentralen Punkte, die sehr wichtig waren, von denen ich glaube, dass wir sie nicht unterschätzen dürfen.

Weitere Fragen und Rückmeldungen sehe ich nicht. Dann sind wir am Ende unserer Anhörung. Vorhin ist der Begriff der Zeitenwende genannt worden. Wir sind jetzt in einer Situation, die neue Herausforderung mit sich bringt, aber auch neue Lösungen braucht – vielleicht andere, als wir sie bisher hatten; das ist sehr deutlich geworden.

Dr. Klemens Brosig (Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr): Der nächste Veteranentag soll unter dem Motto „Family and Friends“ stattfinden. Damit wollen wir ganz bewusst die Familie einbinden.

Vorsitzender Josef Neumann: Ich bedanke mich insbesondere bei allen Sachverständigen für die Bereitschaft, uns für Fragen zur Verfügung zu stehen. Wir wünschen Ihnen, dass Sie gut nach Hause kommen. Das Protokoll der heutigen Sitzung ist nach der Fertigstellung auf der Internetseite des Landtages einzusehen. Das Parlament wird sich sicherlich auch in der Zukunft noch an der einen oder anderen Stelle mit diesen Themen auseinandersetzen müssen. – Vielen Dank für diese Anhörung.

Die Sitzung ist geschlossen.

gez. Josef Neumann
Vorsitzender

Anlage

12.01.2026/13.01.2026

Anhörung von Sachverständigen
des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Veteranentag: Nordrhein-Westfalen würdigt das Engagement der Bundeswehr und setzt sich für die seelische Gesundheit von Veteranen ein

Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/14023

am Mittwoch, dem 3. Dezember 2025
10.00 bis (max.) 13.00 Uhr, Raum E3 D01, Livestream

Tableau

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Ärztchammer Westfalen-Lippe Münster	Dr. Sven Dreyer	18/3204
Ärztchammer Nordrhein Düsseldorf		
Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen Präsident Andreas Pichler Düsseldorf	Georg Schäfer	---
Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V. Präsident Professor Dr. Patrick Sensburg, Bonn	Dr. Klemens Brosig	18/3185
Bundeswehr – Landeskommmando Nordrhein-Westfalen Brigadegeneral Hans-Dieter Müller Düsseldorf	Hans-Dieter Müller	18/3201
Liberale Soldaten und Veteranen e.V. Vorsitzender Dr. Christian Weber Berlin	Dr. Christian Weber	18/3187
Heike Henjes ZALK (Zentrale Ansprech-, Leit- und Koordinierungsstelle der Bundeswehr für Menschen, die unter Einsatzfolgen leiden) Sankt Augustin	Heike Henjes	---
Bund Deutscher EinsatzVeteranen e.V. Bundesvorsitzender Bernhard Drescher Berlin	Dr. Michael Bartscher	18/3169

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Invictus Germany Chairman Michael Brill Düsseldorf	Michael Brill Martin Ammermann	---
Angriff auf die Seele – Psychosoziale Hilfe für Angehörige der Bundeswehr e.V. Berlin	Frank Eggen <i>(per Videozuschaltung)</i>	---
Professor Dr. Peter Zimmermann Bundesministerium der Verteidigung Berlin	<i>keine Teilnahme</i>	18/3220
Aktionsbündnis Seelische Gesundheit Berlin	<i>keine Teilnahme</i>	---
Deutsche Härtefallstiftung Vorstandsvorsitzender Generaloberstabsarzt a.D. Dr. Ulrich Baumgärtner Bonn	<i>keine Teilnahme</i>	---